

Inhalt

Seite	5
Grußwort Willy Brandt	5
Vorwort Rudolf Hauck	6
Vorläufige Tagesordnung	8
Variläufige Geschäftsordnung	9
Die politisch-organisatorische Tätigkeit	10
Vertretungen des Bezirks in Kommissionen und Ausschüssen des Parteivorstandes	23
Vertretungen des Bezirks Braunschweig in den Beiräten des Landesausschusses	24
Ergebnisse der Kommunalwahlen im Bezirk Braunschweig	25
Ergebnisse der Kommunalwahlen 1976 in den kreistreien Städten	26
Ergebnisse der Kommunalwahlen 1976	27
Finanzen	36
Einnahmen – Ausgaben	39
Mitgliederbewegung 1974 – 1976	42
Bildungsarbeit – Seminare des Bezirks	45
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen	49
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen	51
Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten	53
Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen	55
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer	57
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen	58
Bericht des sozialpolitischen Ausschusse	60
Bericht des Sportbeirates	63
Bericht des kommunalpolitischen Ausschusses	65
Bericht des gesundheitspolitischen Ausschusses	69
Bericht des sicherheitspolitischen Ausschusses	70
Bericht der jugendpolitischen Kommission	72
Adressen und Anschriften	74

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Bezirk Braunschweig

**Bezirksparteitag
am Sonntag, dem
5. Juni 1977
in Braunschweig**

SPD 77

Bisherige(r) Bezirksvorsitzand, Schiedskommission und Revisoren

Bezirksvorsitzand

1. Vorsitzender
stetlly. Vorsitzender
stetlly. Vorsitzender
Betz. Geschäftsführer
- Braunschweig
Dr. Hermann Detting
Hermann Bossé
Hermann Detting
- Schöppenstedt
- Helmstedt
Rudolf Hack
Rudolf Hack
Bmni Grevecke
Hans-Jürgen Jüngelns
- Salzgitter
- Vechelde
Werner Kirschner
Klaus-Dieter Kühbacher
Berhard Lied
Dr. Jürgen Linde
- Clausthal-Zellerfeld
- Braunschweig
- Bramlage
Alfred Kubel
- Braunschweig
Klaus-Dieter Kühbacher
Berhard Lied
Dr. Jürgen Linde
- Clausthal-Zellerfeld
- Braunschweig
- Schöppenstedt
- Helmstedt

Bezirksvorsitzand

1. Vorsitzender
1. Vorsitzender
stetlly. Vorsitzender
stetlly. Vorsitzender
Hans-Jürgen Jüngelns
- Salzgitter
- Vechelde
Werner Kirschner
Klaus-Dieter Kühbacher
Berhard Lied
Dr. Jürgen Linde
- Clausthal-Zellerfeld
- Braunschweig
- Bramlage
Alfred Kubel
- Braunschweig
Klaus-Dieter Kühbacher
Berhard Lied
Dr. Jürgen Linde
- Clausthal-Zellerfeld
- Braunschweig
- Schöppenstedt
- Helmstedt

Schiedskommission

1. Vorsitzender
stetlly. Vorsitzender
stetlly. Vorsitzender
Dr. Jürgen Bräcklein
- Braunschweig
- Schöppenstedt
Hans-Georg Reckling
- Schöppenstedt
Kurt Reinowski
- Braunschweig
Friedrich Wilhelm
- Braunschweig
Elisabeth Hirthoff
- Wolfenbüttel
Ewald Gerlich
- Braunschweig
Peter-Lock
- Braunschweig
Friedrich Wilhelm
- Braunschweig
Elisabeth Hirthoff
- Wolfenbüttel
Ewald Gerlich
- Braunschweig
Peter-Lock
- Braunschweig
Beisitzer:

Beisitzer:
Friedrich Wilhelm
- Braunschweig
Elisabeth Hirthoff
- Wolfenbüttel
Ewald Gerlich
- Braunschweig
Peter-Lock
- Braunschweig
Friedrich Wilhelm
- Braunschweig
Elisabeth Hirthoff
- Wolfenbüttel
Ewald Gerlich
- Braunschweig
Peter-Lock
- Braunschweig
Beisitzer:

Revisoren

Revisoren

Gerhard Weise
- Wolfenbüttel
Willi Edler
- Braunschweig
Paul Brühn
- Braunschweig



Grußwort

Liebe Freunde,

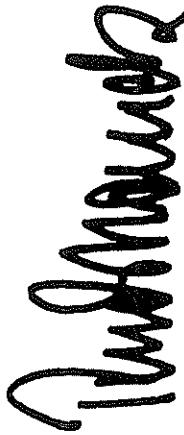
geraume Zeit ist seit der Bundestagswahl vergangen, die unsere Partei wieder als maßgebliche politisch gestaltende Kraft in der Bundesrepublik bestätigt hat. 1977 ist das einzige Jahr der laufenden Wahlperiode des Deutschen Bundestages, in dem keine Landtagswahlen anstehen. Dies darf uns nicht dazu verleiten, die Hände in den Schoß zu legen. Im Gegenteil: die Erfahrungen, die wir aus dem Bundestagswahlkampf gezogen haben, müssen für jeden von uns Ansporn sein, aktiv mitzuhelpen, damit unsere SPD geschlossener und schlagkräftiger wird.

Ganz wesentlich hat das mit dem zu tun, was wir Vertrauensarbeit nennen. Dies ist weder wortgewandtes Zureden noch geschickte Überredungskunst. Es ist auch weit mehr als nur ein Begriff oder gar ein Schlagwort. Vertrauensarbeit ist praktische Politik, die Vertrauen verdient. Das sind wir den Bürgern schuldig, die von uns zu recht Antworten auf ihre Fragen erwarten.

Es geht also darum, vertrauenswürdig zu bleiben und für noch mehr Bürger zu werden. Dazu gehört auch, daß wir uns klar von jenen Gruppen und Grüppchen distanzieren, die sich unter angeblich sozialdemokratischem Mäntelchen objektiv den Zielen anderer Parteien verschrieben haben — gleichgültig ob „links“ oder „rechts“ von uns. Ich danke dem Bezirk Braunschweig für viele Beispiele solidarischer Verbundenheit, bitte um noch stärkere Mitarbeit und wünsche dem Parteitag einen guten Verlauf.

Willy Brandt
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

eine schwere Auseinandersetzung werden wird, wissen wir, denn die von Hans-Jürgen Junghans 1974 gekennzeichnete Angst innerhalb unserer Bevölkerung konnte leider nicht abgebaut werden, sondern hat sich in vielen Bereichen sogar noch verstärkt. Daher müssen wir das erschütterte Vertrauen vieler Bürger wieder festigen und die immer wieder aufkommenden Zweifel ausräumen. Dies bedeutet die Vertrauensarbeit der Partei zu verstärken, aber nicht nur mit leeren Worten, sondern durch harte Arbeit, ehrliche und zukunftsweisende Politik und beharrliche Aufklärung. Dazu sind wir alle aufgerufen – in Bonn und Hannover, in unseren Städten, Kreisen und Gemeinden. In diesem Sinne läßt uns entslossen und solidarisch an die Arbeit gehen.



Rudolf Hauck
Vorsitzender des SPD-B Bezirks Braunschweig



Vorwort

Die Verlängerung der Wahlperiode des Bezirksvorstandes bringt es mit sich, daß unser ordentlicher Bezirksparteitag 1977 nach der Bundestagswahl und der Kommunalwahl vom 3. Oktober 1976 stattfindet. Wie bereits 1974 werden daher die Wahlergebnisse in die politischen und organisatorischen Entscheidungen unserer Beratungen mit einbezogen werden.

Anders als 1974 können wir aber 1977 auf ein sehr gutes Abschneiden in fast allen Bereichen unseres Bezirkes hinweisen. Mit einem aufrichtigen Dank für den vorbildlichen Einsatz und für die praktizierte Solidarität im Wahlkampf 1976 begrüße ich die Delegierten und Gäste unseres Bezirksparteitages recht herzlich.

Die Bundestagswahl zu gewinnen und das verlorene Terrain im Kommunalbereich wieder zurückzuerobern, war der erklärte Wille unseres Bezirks, wie er sich auf unserem letzten Parteitag in Wolfenbüttel und auf dem außerordentlichen Parteitag in Clausthal-Zellerfeld artikulierte. Wir haben diese Ziele weitgehend erreicht und das beste Wahlergebnis von allen niedersächsischen Bezirken erzielt. Darauf können wir stolz sein – dürfen aber nicht selbstzufrieden werden –.

Vielen ist noch zu tun und manche sichtbaren und verdeckten Schwächen müssen behoben werden, wenn wir auch 1978 bei der Landtagswahl erfolgreich bestehen wollen. Damit ist unser nächstes Ziel klar abgesteckt – auch in Hannover müssen 1978 wieder Sozialdemokraten regieren. Der Bezirk Braunschweig wird, daran darf es keinen Zweifel geben, zur Erreichung dieses Ziels einen entscheidenden Beitrag leisten. Daß es

Vorläufige Tagesordnung

Vorläufige Tagesordnung des Bezirksparteitages am 5. 6. 1977

in Braunschweig, Stadthalle

Eröffnung und Begrüßung

Grußwort des Spitzenkandidaten der SPD

für die Landtagswahl 1978

Bundesminister Karl Ravens

Wahl der Versammlungsteilung

Annahme der Geschäftsordnung
und der Tagesordnung

Wahl der Mandatsprüfungskommission,
des Wahlausschusses und der Antrags-
kommission

Berichte

- a) Bericht des Bezirksvorstandes
- b) Bericht der Revisoren
- c) Bericht der Mandatsprüfungskommission
- d) Aussprache
- e) Beschlußfassung über den Bericht der
Mandatsprüfungskommission und über
den Bericht der Revisoren

Referat:

Willy Brandt
Parteivorsitzender

Aussprache

Behandlung von Anträgen

Mittagspause

Wahl des Bezirksvorstandes und der
Revisoren

Wahl der Schiedskommission

Wahl der Delegierten zum ordentlichen
Bundesparteitag
weitere Behandlung von Anträgen

Schlußwort des Bezirksvorsitzenden

Vorläufige Geschäftsordnung

Vorläufige Geschäftsordnung des Bezirksparteitages am 5. 6. 1977 in Braunschweig,
Stadthalle

1. Der Bezirksparteitag beschließt die Tagesordnung und wählt
 - a) die Mandatsprüfungskommission, die aus 5 ordentlichen Delegierten besteht
 - b) einen Wahlausschuß, der aus 9 Gastelegierten besteht
 - c) eine Antragskommission, die Empfehlungen zu den eingegangenen Anträgen erarbeiten soll.
2. Die Beschlüsse des Parteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt.
3. Die Stimmengleichheit bedeutet Ablehnung.
4. Wortmeldungen zur Aussprache sind schriftlich bei der Versammlungsleitung einzureichen. Die Diskussionsredner erhalten in der Reihenfolge ihrer Meldungen das Wort.
5. Über Anträge zur Geschäftsordnung ist sofort zu beraten und zu entscheiden. Es darf nur ein Redner dafür und dagegen sprechen.
6. Anträge auf Schluß der Debatte können nur von Delegierten gestellt werden, die zu dem Punkt, für den der Schlußantrag gestellt ist, noch nicht gesprochen haben.
7. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluß der Debatte zulässig.
8. Die Berichterstatter der Antragskommission sprechen als erste zu den bearbeiteten Anträgen. Über Zusatz- oder Änderungsanträge muß zuerst beraten und entschieden werden, bevor über den Hauptantrag abgestimmt wird.
9. Während des Parteitages gestellte Sachanträge werden nur behandelt, wenn sie schriftlich bei der Versammlungsleitung eingereicht und von mindestens 50 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteitages, aus 3 Unterbezirken, unterschrieben worden sind und der Parteitag der Behandlung zustimmt.
10. Die Wahlen erfolgen nach der geltenden Wahlordnung der SPD. Personelle Vorschläge für die Wahl des Bezirksvorstandes, der Schiedskommission und der Revisoren sind bis zu Beginn des entsprechenden Tagesordnungspunktes, spätestens aber bis 12.00 Uhr, schriftlich bei der Versammlungsleitung einzureichen. Alle Vorschläge sind auf dem Stimmzettel alphabetisch aufzuführen.
11. Änderung der Geschäftsordnung und der Tagesordnung während des Bezirksparteitages bedürfen der Zustimmung von mindestens $\frac{3}{4}$ der stimmberechtigten Mitglieder des Parteitages.

Die politisch-organisatorische Tätigkeit

In der Wahlzeit des Bezirkvorstandes fanden 28 Bezirksvorstandssitzungen statt. Darüber hinaus führte der Bezirkvorstand in kleineren Delegationen zahlreiche Gespräche mit befreundeten Organisationen und gesellschaftlichen Gruppierungen. Ein lange geplantes Gespräch mit der evangelischen Landeskirche konnte aus terminlichen Gründen noch nicht stattfinden und ist nunmehr auf den August terminiert. Bereits in der konstituierenden Sitzung des Bezirkvorstandes am 1. November 1974 nahm der Bezirkvorstand die Aufgabenteilung vor. Dabei wurde festgelegt, daß die jeweiligen Bezirksvorstandsmitglieder, die aus dem entsprechenden Gebiet kommen, die regionale Vertretung des Bezirkvorstandes sicherstellen sollen und den Bezirkvorstand über wesentliche Probleme der Unterbezirke zu informieren haben. Da alle Unterbezirksvorsitzenden im Bereich des Bezirks Braunschweig im Berichtszeitraum Mitglied des Bezirkvorstandes waren, ist so die politische Anbindung der Unterbezirke an den Bezirkvorstand und die Kommunikation mit den Unterbezirksvorständen sichergestellt gewesen. Die Vertretung des Bezirks Braunschweig im Parteirat wird wahrgenommen durch Rudi Hauck, der diesen Kontakt verantwortlich zu führen hat, Hermann Oetting und Emmi Grevecke. Die Verbindung zum Landesausschuß und zur Landespolitik wird hergestellt durch die Mitglieder des Landesausschusses. Benannt wurden: Rudi Hauck, Hermann Oetting, Helmuth Bosse, Hans-Jürgen Junghans und Gerhard Glogowski. Da Hans-Jürgen Junghans im Laufe der Wahlperiode dieses Bezirkvorstandes zurücktrat, wurde an seiner Stelle Alfred Kubel gewählt. Hermann Oetting wurde zum stellvertretenden Landesausschuß-Vorsitzenden durch den Bezirk Braunschweig vorgeschlagen und gewählt. Er hat sowohl die Federführung der Koordination mit dem Landesausschuß wahrzunehmen. Für die Koordination der Landtagsabgeordneten und die Verbindung zur Landtagsfraktion ist Helmuth Bosse zuständig. Er ist zugleich für die kommunalpolitischen Aufgaben im Bereich des Bezirkvorstandes federführend und Vorsitzender des kommunalpolitischen Ausschusses.

Die Betreuung der Arbeitsgemeinschaften im Bezirk Braunschweig wurde wie folgt geregelt:

- a) Betriebsgruppen (Gewerkschaffen) (AGA) Gert Metell
- b) Jungsozialisten Klaus-Dieter Kühbacher
- c) Frauenarbeit (ASF) Emmi Grevecke
- d) Selbstdändige (AGS) Bernhard Ließ
- e) ASL Gerhard Glogowski
- f) ASJ Jürgen Linde

Für die Bildungsarbeit im Bezirk Braunschweig wurde seitens des Bezirkvorstandes Gerhard Glogowski zuständig, der als Vorsitzender der Politischen Bildungsgemeinschaft Braunschweig e. V. zugleich federführend den Kontakt zu dieser Organisation zu halten hat.

Die Zuständigkeit für Jugend und Sport im Bezirkvorstand hat Werner Kirschner, der zugleich zum Vorsitzenden der jugendpolitischen Kommission des Bezirks gewählt wurde.

Den Bereich Familie und Gesundheit, federführende Verbindung zur Arbeiterwohlfahrt und den Kriegsofern, nahm Rudi Hauck wahr.

Für den sozialpolitischen Bereich, zugleich Vorsitzender des sozialpolitischen Ausschusses und für den Kontakt zum gesundheitspolitischen Ausschuß, war Erwin Reinholz zuständig.

Die Schriftführung bei Bezirksvorstands- und Bezirksausschuß-Sitzungen teilten sich Werner Kirschner und Klaus-Dieter Kühbacher.
Diese besonderen Federführungen bedeuteten nicht, daß die Gesamtverantwortung des Bezirkvorstandes für jeden einzelnen politischen Bereich dadurch aufgehoben wurde.

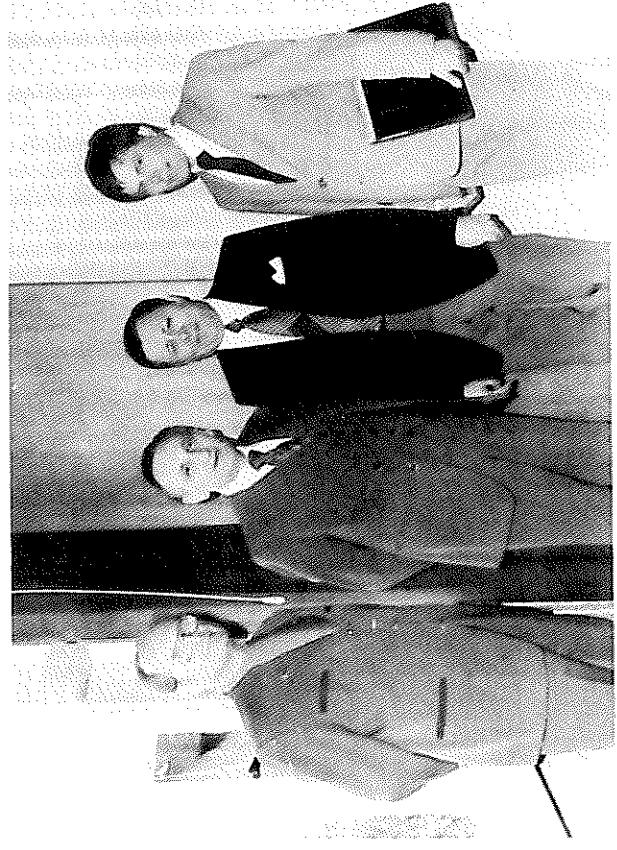
Der Bezirkvorstand bildete folgende Beiräte, Kommissionen und Ausschüsse:

1. Den Sportbeirat.
Der Sportbeirat sollte die wesentlichen sportpolitischen Impulse aus dem Bezirksbereich zusammenfassen, den Bezirkvorstand in sportlichen Angelegenheiten beraten und von sich aus initiativ werden, um in den Unterbezirken die sportpolitische Arbeit stärker zu verankern.
2. Die kommunalpolitische Kommission
Diese Kommission soll die Kommunalpolitik im Bereich des Bezirks Braunschweig koordinieren. Aus diesem Grunde gehören ihr neben den 5 vom Bezirksvorstand zu benennenden Mitgliedern je zwei in den Unterbezirken gewählte Vertreter an. Neben der Koordination ist es eine wichtige Aufgabe dieser Kommission, kommunalpolitische Impulse zu erarbeiten und sowohl an die Unterbezirke als auch an die kommunalpolitischen Kommissionen des Landesausschusses und des Parteivorstandes weiterzuleiten.
3. Den sicherheitspolitischen Ausschuß.
Der wehrpolitische Ausschuß des Bezirks Braunschweig wurde in einen sicherheitspolitischen Ausschuß umbenannt. Dabei sind neben den Wehrpolitikern nun auch die Genossinnen und Genossen aus dem Bereich der Polizei, des Bundesgrenzschutzes, der Feuerwehr und ähnliche Organisationen beteiligt. Der Bezirksvorstand hat die Mitglieder des sicherheitspolitischen Ausschusses insgesamt, auf Vorschlag aus den Unterbezirken, benannt.
4. Den sozialpolitischen Ausschuß
Da der sozialpolitische Ausschuß zwischenzeitlich als Folge ständiger Hinzuwahl durch den Ausschuß selbst sehr groß geworden war, und weit über 100 Mitglieder zählte, wurde dieser Ausschuß neu strukturiert und ähnlich den anderen Ausschüssen des Bezirks gestaltet.
4. Die gesundheitspolitische Kommission
Dieser Kommission gehören neben vom Bezirksvorstand benannten Vertretern je zwei Vertreter der Unterbezirke an.

6. Den jugendpolitischen Ausschuß
 Dieser Ausschuß wurde vom Bezirksvorstand neu installiert. Die Aufgaben der Jugendpolitik können nicht allein von den Jungsozialisten wahrgenommen werden, da sie nur ein Verband innerhalb des Konzerts der Verbände im jugendpolitischen Bereich sind und die Aufgaben der Jugendpolitik eine für die Gesamtpartei verpflichtende Aufgabe darstellt. Das bedeutet nicht, daß der Bezirk vorstand auf den jugendpolitischen Beitrag der Jungsozialisten verzichten will. Im Gegenteil ist eine stärkere Betonung dieses Bereichs in der Arbeit der Partei beabsichtigt, um auch betreundeten Organisationen die Möglichkeit zu geben, in einem solchen Ausschuß mitzuarbeiten.

Als ad hoc-Kommission für die Probleme der Bezirksreform und die Probleme der Gebiets- und Verwaltungsreform setzte der Bezirk vorstand eine Arbeitsgruppe ein, die mit der kommunalpolitischen Kommission verzahnt arbeiten sollte. In diese ad hoc-Kommission wurde Helmuth Bosse (Federführung), Gerhard Glogowski, Erwin Reinholz, Klaus-Dieter Kühbacher, Jürgen Linde, Bernhard Ließ und Gert Metell gewählt.

Um eine gute Anbindung der vier ständigen Arbeitsgemeinschaften an die Arbeit des Bezirk vorstandes zu erreichen, beschloß der Bezirk vorstand Michael Weber (Vorsitzender), Richard Radloff (Jungsozialisten-Vorsitzender), Achim Strübing (Vorsitzender), Karl Ravens (Ministerpräsidenten-Vorsitzender).



Egon Bahr während seines Besuches in Braunschweig mit Alfred Kubel, Rudolf Hauck und Gerhard Glogowski

sitzender der Selbstdämmigen), und Ulrike Block (ASF) zu seinen Sitzungen ständig einzuladen. Für Richard Radloff wurde zwischenzeitlich der Genosse Fritz Gautier zu den Sitzungen des Bezirk vorstandes hinzugezogen. Außerdem ist ständiger Guest in den Sitzungen des Bezirk vorstandes der Genosse Oswald Hoch (Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Gifhorn/Wolfsburg). Damit soll sichergestellt werden, daß dieser Unterbezirk an den Bezirk Braunschweig herangeführt wird. Dieser Unterbezirksbereich gehört zum Verband Großraum Braunschweig. Außerdem hat der Unterbezirk wiederum auch beim Parteivorstand beantragt, die Parteibezirksgrenzen dahingehend zu ändern, daß der Unterbezirk dem Bezirk Braunschweig zugeordnet wird. Dieses ist bisher am Widerspruch der verantwortlichen Vertreter des Bezirk Braunschweig gescheitert. Der Bezirk vorstand Braunschweig ist der Auffassung, daß es politisch sinnvoll und organisatorisch zweckmäßig ist, diesen Bereich dem Bezirk Braunschweig zuzuordnen. Das ist in jüngster Zeit wiederum in einem Gespräch mit Egon Bahr auch diesem deutlich gemacht worden.

Orientierungsrahmen

Im Jahre 1975 war ein wesentlicher Teil der Diskussion dem Orientierungsrahmen vorbehalten. Abschluß fand diese Diskussion auf dem Bezirksparteitag und dem anschließenden Bundesparteitag zum Orientierungsrahmen. Die Diskussion im Bereich des Bezirks Braunschweig wurde von einer Kommission unter Federführung von Otto Benemann koordiniert. Dieser Kommission haben neben den Vertretern der Arbeitsgemeinschaften auch Vertreter der Unterbezirke angehört, so daß die Initiativen der Ortsvereine und Unterbezirke in dieser Kommission einfließen. Aus diesem Grunde war die Orientierungsrahmen-Kommission auch zugleich Antragskommission zu diesem Themenkomplex auf dem Bezirksparteitag. Der Bezirk vorstand hat sich u. a. in einer Sonder sitzung mit diesem Problem beschäftigt. Das Ergebnis der Diskussion war ein umfangreicher Antragsvorschlag des Bezirk vorstandes auf dem Bezirksparteitag. Dieser Vorschlag ist durch die Orientierungsrahmen-Kommission erarbeitet worden. Bereits auf dem a. o. Parteitag hat der Bezirk vorstand dieser Kommission sehr herzlich gedankt, die einen wesentlichen Anteil daran hat, daß die Diskussion im Bereich des Bezirks Braunschweig zu diesem Themenkomplex in ausgesprochen sachlicher Atmosphäre stattfinden konnte.

Neuwahl des Ministerpräsidenten

Die Diskussion um die Nachfolge von Alfred Kubel beschäftigte den Bezirk vorstand in verschiedenen Sitzungen.

Nachdem Karl Ravens und auch der Genosse Greulich – dieser aus gesundheitlichen Gründen – nicht mehr für die Nominierung zum Ministerpräsidenten zur Verfügung standen, sprach sich der Bezirk vorstand Braunschweig einmütig für eine Wahl von Helmut Kasimir zum Ministerpräsidenten in Niedersachsen aus. Die Wahl Helmut Kasimirs scheiterte. Auch der Versuch von Karl Ravens, die Koalition SPD/FDP hinter sich zu bringen gelang nicht. Drei Dunkelmänner verhinderten die Wahl eines Sozialdemokraten zum Ministerpräsidenten. Diese Situation brachte für die Sozialdemokratische Partei im Lande Niedersachsen einen erheblichen Vertrauensschwund und beherrschte die Diskussion der Partei im Bezirk Braunschweig über einen langen Zeit-

raum. Die Notwendigkeit, sich auf die Bundestags- und Kommunalwahl des Jahres 1976 vorzubereiten, machte es erforderlich, daß dieser Schock baldmöglichst überwunden werden mußte, um die offensive Auseinandersetzung um die Wählerstimmen in Niedersachsen zu erreichen. Deshalb richtete der Bezirksvorstand seine Aktivitäten auf dieses Ziel.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituationen im Bereich des Bezirks Braunschweig

Stärker als in vielen anderen Bereichen wirkte sich im Bezirk Braunschweig die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik negativ aus. Von daher maß der Bezirksvorstand bei seiner Arbeit diesem Themenbereich eine hohe Priorität zu. Die Strukturprobleme des Braunschweiger Raumes können nur mit Hilfe von Bund und Land gelöst werden. Daher scheint es unumgänglich, daß der Erhaltung von Arbeitsplätzen im staatlichen Bereich eine hohe Signalwirkung zugesprechen ist. Der Bezirksvorstand beschäftigte sich in seinen Diskussionen dabei insbesondere auch mit dem Problem der Ausbildung Jugendlicher. Das Absinken der Ausbildungsspitze im Bezirkbereich erfordert, daß die staatlichen Stellen und die Kommunen verstärkte Anstrengungen unternehmen müssen, um Ausbildungsspitze zur Verfügung stellen. Dieses Problem wird auch in den nächsten Jahren für den Bereich des Bezirks Braunschweig eine erhebliche Bedeutung haben.

Gebiets- und Verwaltungsreform

Dieses Thema war im Jahre 1975 das zweite beherrschende Thema in den Sitzungen des Bezirksvorstandes, der zur Lösung dieses Problems eine Kommission eingesetzt hatte, die unter der Federführung von Helmuth Bosse arbeitete. Da der Landesausschuß beschlossen hatte, den Bezirk Braunschweig um eine Stellungnahme hinsichtlich der Ordnung der Landkreise im Bereich des Bezirks Braunschweig zu bitten, befafte sich der Bezirksvorstand in mehreren Sitzungen mit diesem Problem. Dabei ging es insbesondere um die Frage, ob die von der Landesregierung vorgeschlagene Lösung, eine Bildung von drei Landkreisen um die Stadt Braunschweig herum, vom Bezirk Braunschweig getragen werden könnte. Der Bezirksvorstand beschloß dann mit Mehrheit und nach ausführlicher Diskussion, daß auch die Lösungsmöglichkeit Großkreis in die Anhörung hineingebracht werden sollte. Damit sollte erreicht werden, daß drei Lösungsmöglichkeiten zur Entscheidung stünden:

1. Verbleiben bei der bisherigen Viererlösung, d. h. dem Bestehenbleiben der Landkreise Helmstedt, Wolfenbüttel, Peine und Gifhorn. Diese Lösungsmöglichkeit wurde zu jedem Zeitpunkt als die einzige sachgerechte für den Bereich Braunschweig angesehen.
2. Die vom Kabinett vorgeschlagene Dreierlösung, d. h. eine Zusammenlegung der Landkreise Wolfenbüttel und Helmstedt und das Weiterbestehen der Landkreise Peine und Gifhorn. Diese Lösung wurde insbesondere im Bereich Wolfenbüttel erheblich kritisiert; darüber hinaus aber auch in anderen Bereichen als nicht sachgerecht angesehen.

3 Bildung eines Großkreises aus den Landkreisen Helmstedt, Wolfenbüttel, Peine und Gifhorn und das Weiterbestehen der kreistreuen Städte Wolfsburg und Salzgitter sowie der Stadt Braunschweig.

Der Bezirksvorstand sprach sich wiederholt dafür aus, daß eine Einkreisung der Stadt Salzgitter nicht seine Zustimmung finden könnte, so daß das Lösungsmodell, zwei Schafenträne um Braunschweig herum, abgelehnt wurde.

Mit dieser Entscheidung des Bezirksvorstandes war keine Entscheidung für ein bestimmtes Modell seitens des Bezirks Braunschweig gefällt worden. Dennoch hat diese Entscheidung in vielen Bereichen der Partei zu erheblichen Mißdeutungen geführt. In einigen Unterbezirken wurde in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, als ob der Bezirksvorstand nunmehr ausschließlich für die Großkreislösung votiert hätte. Die Vertreter des Bezirks Braunschweig im Landesausschuß haben, auch in Kenntnis dieser Diskussion, sich immer wieder energisch dafür eingesetzt, daß im Bereich des Bezirks Braunschweig nur die Viererlösung eine sachdienliche Lösungsmöglichkeit sein könne, da unter dem Dach des Verbandes Großraum Braunschweig eine sinnvolle kommunale Ordnung für diesen Bereich vorhanden sei.



Die Delegierten des letzten Bundesparteitages: Klaus-Dieter Kühbacher, Renate Wenzel, Anton Seidl, Peter-Jürgen Schneider, Dr. Jürgen Linde, Dr. Hermann Oetting und Rudolf Hauck

Großraumverband – Kommunalpolitik

Die Wahlen des Jahres 1974 haben für den Bereich des Großraumverbandes eine Pattsituation gegeben, die auch im Jahre 1976 nicht aufgelöst werden konnte. Dennoch

wird mit Helmuth Bosse der Vorsitzende der Verbandsversammlung des Verbandes Großraum Braunschweig von der SPD gestellt. Durch regelmäßige Berichte der Großraumverbandsfraktion im Bezirkvorstand begleitete der Bezirkvorstand die Arbeit der Fraktion. Trotz der deutlich werdenden Situation, daß der Verband Großraum Braunschweig, insbesondere auch durch die Pattsituation, Schwierigkeiten bei der Durchsetzung von notwendigen Entscheidungen hat, entschied sich der Bezirkvorstand einhellig für die Existenz des Verbandes Großraum Braunschweig als der einzigen angebotenen Lösungsmöglichkeit der Koordination im Verbandsbereich. Bis Dezember 1976 war Gerhard Glogowski Vorsitzender der SPD-Fraktion. Seit dieser Zeit führt Werner Kirschner die Fraktion.

Das Ergebnis der kommunalpolitischen Diskussion im Bezirkvorstand war das Einbringen einiger Anträge auf dem a. o. Bezirksparteitag zur Veränderung des kommunalpolitischen Grundsatzprogramms, das auf dem Bundesparteitag zur Abstimmung stand. Dabei entschied sich der Bezirkvorstand dagegen, Ausschuß-Sitzungen prinzipiell öffentlich zu veranstalten. Es sollte den Ausschüssen jedoch die Möglichkeit geben werden, öffentlich zu tagen. Weiter vertrat der Bezirkvorstand die Auffassung, daß unter Berücksichtigung des föderalistischen Aufbaus der Bundesrepublik eine Vielfalt der kommunalen Verfassungssysteme durchaus vertretbar sei und eine Vereinheitlichung nicht unbedingt erforderlich ist. Die Amtsperiode der kommunalen Wahlbeamten muß sich nach Auffassung des Bezirkvorstandes nicht in jedem Falle mit der Wahlperiode der Vertretungskörperschaft decken, jedoch sollte sie bei erstmaliger Wahl 6 Jahre betragen.

Kommunalwahl

Um die Kommunalwahlen nicht völlig von der Bundestagswahl überschatteten zu lassen, wurden vom Landesausschuß Kommunalwahlmaterialien angetertigt (das Ergebnis der Wahlen siehe auch die Statistik). Der Bezirkvorstand des Bezirks Braunschweig hatte sich in den Diskussionen um den Kommunalwahltermin bemüht, Kommunalwahl- und Bundeswahltermin voneinander zu trennen. Alle Untersuchungen zeigen eindeutig, daß im Bereich des Bezirks Braunschweig, insbesondere durch die kommunale Schwäche der Freien Demokraten, gestärkt aber auch aufgrund der eigenen kommunalen Stärke, die Sozialdemokraten gute Mobilisierungschancen für die Kommunalwahlen haben. Das Ergebnis der Wahlen aus dem Vorfeld des Jahres 1972 hat diese Auffassung erheblich untermauert. Dieser Versuch des Bezirks Braunschweig, etwa 1½ Monate vor der Bundestagswahl Kommunalwahl zu machen, ist im Landesausschuß nicht durchgedrungen. Durch die fünfjährige Wahlperiode, die vom Bezirk Braunschweig nachdrücklich unterstützt worden ist, ist eine Trennung der Kommunalwahl- und Bundeswahldateien erreicht worden. Dieses bedeutet, daß die nächsten Kommunalwahlen ohne Zusammenlegung mit einer überregionalen Wahl stattfinden. 1972 und auch bei den Zwischenwahlen 1974 war dieses bekanntlicherweise nicht der Fall. Die Organisation muß daraus die Konsequenzen ziehen, die Voraussetzung zu schaffen, um im Jahre 1981 einen erfolgreichen Kommunalwahlkampf durchzustehen. Mit dem Zurückgewinnen der absoluten Mehrheit in der Stadt Braunschweig wurde ein wesentliches Wahlkampfziel für den Kommunalwahl-

kampf erreicht. In den Landkreisen Helmstedt, Wolfenbüttel und Goslar nahmen die Sozialdemokraten zu, konnten jedoch die absolute Mehrheit nicht erringen. In Ganderkesee und Peine wurde die absolute Mehrheit behauptet, ebenso in der Stadt Salzgitter.

Bundestagswahl

Die Vorbereitung der Bundestagswahl im Jahre 1976 erforderte erhebliche vorbereitende Arbeiten. Der Bezirksvorstand setzte sich dafür ein, daß eine kleine Spitzengruppe geschaffen wurde und nach dem bisherigen Schlußel die Verteilung auf der übrigen Landesliste erfolgte. Das führte dazu, daß der Bezirk Braunschweig mit Rudi Hauck auf dem 4. Platz der Landesliste vertreten war. Weiter folgten Adolf Stockleben auf Platz 10, Dr. Jürgen Linde Platz 16, Klaus-Dieter Kühbacher Platz 22



Herbert Wehner auf dem Bezirksparteitag in Wolfenbüttel

und Hans-Jürgen Junghans Platz 28. Dabei wurde das bisherige Prinzip des Bezirks Braunschweig, die Wahlkreise in der Form abzusichern, daß der Schwächste zuerst genommen wurde, eingehalten. Das führte dazu, daß der Bezirk Braunschweig auch im Jahre 1976 wiederum alle Bundestagskandidaten in den Bundestag entsenden konnte. Nachdem der Wahlkreis 40 — Gifhorn/Peine — dem Bezirk Braunschweig zugeschlagen worden ist, dieses war erforderlich geworden weil durch die kleine

Bezirksreform der Landkreis Peine dem Bezirk Braunschweig zugeordnet worden ist, sind im Bezirk Braunschweig jetzt 5 Bundestagswahlkreise.

Ausscheiden von Philip Rosenthal aus dem Bezirkvorstand

Nachdem Philip Rosenthal den Wahlkreis Goslar/Wolfenbüttel nicht mehr im Bundestag vertritt und einen Wahlkreis in Bayern übernommen hat, schied er nach dem Bundestagswählen auch formell aus dem Bezirksvorstand aus.

Schülerarbeit

Um die vom Bezirksvorstand beigeahnte Bedeutung der Schülerarbeit der Sozialdemokratischen Partei zu unterstreichen, führte der Bezirk Braunschweig eine „Schülerkonferenz“ durch und forderte die Unterbezirke und Ortsvereine auf, sich dieser Problematik verstärkt anzunehmen und die Jungsozialisten bei der Lösung des Problems einzubziehen. Obwohl die Schülerkonferenz nicht die erwartete Resonanz gefunden hatte, kann gesagt werden, daß insbesondere durch die Arbeit der Jungsozialisten auf diesem Gebiet die Schülerarbeit im Bereich des Bezirks Braunschweig, gemessen an der übrigen Partei, gut läuft.

Geschäftsstellen

Die Errichtung der Peiner Geschäftsstelle konnte im Jahre 1975 erfolgreich abgeschlossen werden. Zwischenzeitlich hat sich durch die erhebliche organisatorische Stärkung des Unterbezirks Peine herausgestellt, daß die Entscheidung des Bezirkvorstandes, diese Geschäftsstelle neu einzurichten, gerechtfertigt war. Der Unterbezirk Peine ist nunmehr der drittgrößte Unterbezirk im Bezirk Braunschweig. Mit erheblichen Anstrengungen, insbesondere der Unterbezirke selber, konnte im Berichtszeitraum die Ausgestaltung der Unterbezirksgeschäftsstellen entscheidend verbessert werden. Die Unterbezirke Ganderseim/Goslar, Wolfenbüttel, Salzgitter und Peine bekamen neue Geschäftsräume. Für den Wahlkampf 1976 wurden mit einem Aufwand von über 20.000,- DM die technischen Bedingungen in den Unterbezirken verbessert.

Spendenaktionen in den Unterbezirken und Abgaben der Mandatsträger bewirkten, daß in einer großen gemeinsamen Kraftanstrengung die technischen Voraussetzungen geschaffen wurden, um in Wahlen in Zukunft besser bestehen zu können. Nie zuvor ist in einem Berichtszeitraum eines Vorstandes ein größeres Investitionsvolumen zu verzeichnen gewesen. Der Bezirksvorstand hofft sehr, daß diese bessere technische Ausgestaltung insbesondere der Arbeit der Ortsvereine zugute kommt. In den nächsten zwei Jahren müssen diese Investitionen zum Abschluß gebracht werden.

Der Bezirk Braunschweig verfügt heute im Verhältnis zu den anderen Parteibezirken gemessen an den Mitgliedern und Einwohnern über den dichtesten Besatz von Unterbezirksgeschäftsstellen.

Dieses erfordert naturgemäß eine hohe Bereitschaft der Mitgliedschaft und der Mandatsträger die entsprechenden finanziellen Mittel aufzubringen. Sicherlich sind aber die politischen Erfolge auch auf die Organisationskraft im Bezirk Braunschweig zurück-

zu führen, so daß gesagt werden kann, daß diese Anstrengungen sich auch in Wählerstimmen niederschlagen.

Auslandskontakt des Bezirks

Eine Delegation der Sozialdemokratischen Partei aus Valkeakoski (Finnland) besuchte 1975 den Bezirk Braunschweig. Damit führte der Bezirksvorstand den bereits vor Jahren angebahnten Kontakt der Jungsozialisten des Bezirks Braunschweig, mit den Jungsozialisten in Valkeakoski, fort. Die finnische Delegation wurde sowohl von der Bundestagstraktion als auch von der Landtagsfraktion empfangen. Außerdem fanden intensive Diskussionen mit Mitgliedern des Bezirkvorstandes statt. Da die Finnen eine Delegation der Braunschweiger Sozialdemokraten nach Finnland eingeladen hatten fand der Gegenbesuch von Mitgliedern des Bezirkvorstandes, unter Leitung von Rudi Hauck, im Jahre 1976 statt. Bei diesem Besuch wurde neben dem Kennenlernen der finnischen Sozialdemokratie über Probleme der finnischen Außenpolitik diskutiert. Außerdem besuchte die Delegation eine Tagung des Internationalen Arbeitskreises Sonnenberg in der Nähe von Helsinki. Hier stellte Rudi Hauck die Position der Sozialdemokraten zu den Problemen der Friedenssicherung dar. Dieser einzige regelmäßige Auslandskontakt des Bezirks Braunschweig soll auch in den folgenden Jahren fortgeführt werden.

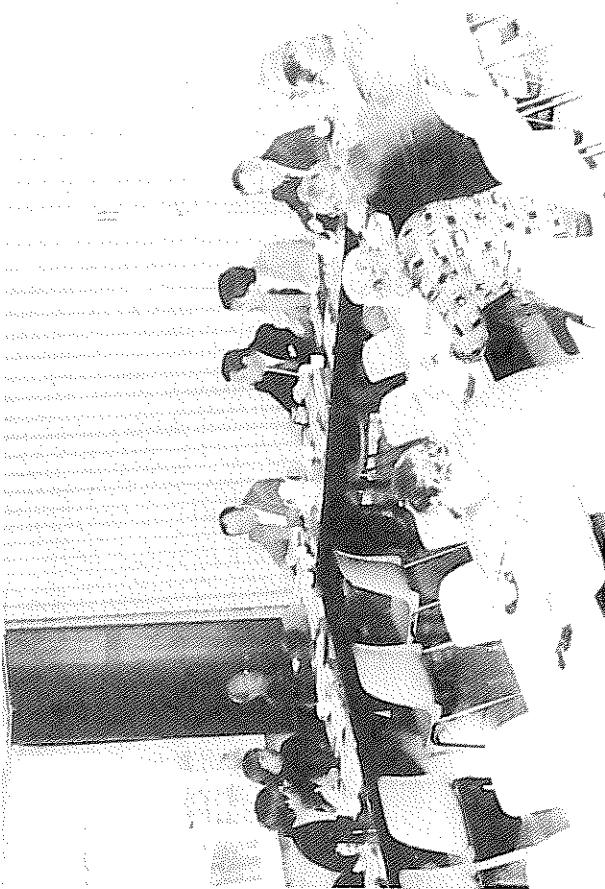
Beitragsproblematik

Die vom Bundesparteitag beschlossene neue Beitragsatzung erforderte einen erheblichen organisatorischen Aufwand, um diese im Bereich des Bezirks Braunschweig durchzusetzen. Bei einer durchschnittlichen Steigerung von 85 Pfennig je Beitragssmarke hat der Bezirk Braunschweig, auch im Vergleich zu den anderen Bezirken in der Bundesrepublik, diese Beitragsumstellung erfolgreich bestanden. Es bleibt jedoch festzustellen, daß diese Beitragsumstellung regional unterschiedlich durchgesetzt werden konnte. Insbesondere im Bereich des Kreises Gandersheim kann nicht davon gesprochen werden, daß die Beitragsumstellung gelungen ist. Diesem Bereich, der nun schon traditionell den schlechtesten Beitragsdurchschnitt im Bezirk Braunschweig hat, ist es nicht gelungen, Anschluß an den übrigen Bezirk zu finden. Die Beitragsdiskussion wird daher in den nächsten Jahren auf der Tagesordnung bleiben müssen.

In zahllosen Kassierer- und Ortsvereinsvorsitzendenkonferenzen ist die Problematik deutlich gemacht worden. Das Bezirksbüro hat dies in vielen Kampagnen als einen wesentlichen Teil seiner Arbeitsteilung gesehen. Obwohl wir im Vergleich zu den anderen Bezirken im oberen Bereich der Beiträge zu finden sind, kann nicht davon gesprochen werden, daß der Bezirk Braunschweig ohne erhebliche weitere Anstrengungen seinen guten organisatorischen Zuschuß in den kommenden Jahren zu sichern in der Lage ist. Da der Parteivorstand ein einschneidendes Sparkonzept für sich verabschiedet hat, das auch Auswirkungen auf die Finanzen des Bezirks haben wird, müssen alle sozialdemokratischen Funktionäre und Mandatsträger aufgefordert werden, dieses Problem vordringlich mit ins Auge zu fassen.



Dr. Hermann Oetting,stellv. Bezirksvorsitzender, Helmut Bosse, stellv. Bezirksvorsitz.



Der Bezirksvorstand



Hauptamtliche Mitarbeiter

In regelmäßigen Geschäftsführersitzungen werden die organisatorischen Probleme des Bezirks Braunschweig besprochen und die politischen Entscheidungen des Parteivorstandes, des Landesausschusses und des Bezirksvorstandes auf der Geschäftsführerebene diskutiert. Außerdem ist sichergestellt, daß besondere Aktivitäten der einzelnen Unterbezirke in diesem Gremium besprochen werden und somit die Unterbezirke vom Sachverstand anderer Unterbezirke profitieren. Da nunmehr jeder Unterbezirk wenigstens mit einem Geschäftsführer und einer Sekretärin ausgestattet ist, bestehen günstige Bedingungen.



Die hauptamtlichen Geschäftsführer des Bezirks Braunschweig

Bezirksausschuss

In der Wahlperiode des Bezirksvorstandes fanden 8 Bezirksausschuß-Sitzungen statt. Auf der konstituierenden Sitzung wurden Rudi Hauck, Bezirksvorsitzender, Helmuth Bosse, stellv. Bezirksvorsitzender, Hermann Oetting, stellv. Bezirksvorsitzender, Hans-Jürgen Junghans, Mitglied des Bezirksvorstandes und Gerhard Glogowski, Bezirksgeschäftsführer, in den Landesausschuß gewählt. Im Laufe der Wahlperiode trat Hans-Jürgen Junghans zurück. Als Nachfolger für Hans-Jürgen Junghans wählte der Bezirksausschuß Alfred Kubel in den Landesausschuss. Da nach den Bestimmungen des Landesausschusses jetzt stellvertretende Landesausschüß-Mitglieder möglich sind, schlug der Bezirksvorstand für die erste Sitzung des Bezirksausschusses dieses Jahres vor 3 stellv. Landesausschüß-Mitglieder zu wählen, die im Bedarfsfall in Vertretung stimmberechtigt an den Landesausschuß-Sitzungen teilnehmen. Der Bezirksausschuß wählte Enni Grevecke, Werner Kirschner und Gert Mettel.

Schwerpunkte der Bezirksausschuß-Sitzungen waren im Jahre 1975 die Vorbereitung des Bundesparteitages. Die Diskussion am Anfang des Jahres 1976 stand ganz unter dem politischen Eindruck des Regierungswechsels in Niedersachsen. Ergebnis dieser Diskussion war die Konzentration des Bezirks Braunschweig auf die anstehenden Auseinandersetzungen des Jahres 1976, insbesondere der Bundestags- und Kommunalwahl. In mehreren Sitzungen wurden die Entscheidungen zur Bundestagswahl auf Landes- und Bundesebene vorbereitet. Umfassend fand eine Diskussion über den Entwurf des Regierungsprogramms 1976 – 1980, der für den a.o. Bundesparteitag vorgelegt worden war, statt. Im Wahlkampf lagte der Bezirksausschuß nicht. Nach dem Parteitag diskutierte der Bezirksausschuß eine Wahlanalyse, die vom Büro vorgelegt worden war. Diese Wahlkampfanalyse machte deutlich, daß im Bezirk Braunschweig trotz der positiven Tendenzen im Bereich der Kommunalpolitik und des relativ guten Abschneidens im Bereich der Bundespolitik örtlich doch erhebliche Abweichungen vom Trend stattgefunden haben. Das Ergebnis war, daß die Unterbezirke und Ortsvereine aufgefordert wurden in diesem Sinne Wahlanalysen zu erarbeiten, damit die Basis der Sozialdemokratischen Partei in den nächsten Jahren stärker wieder in Ordnung gebracht werden kann.

Es erscheint wichtig, besonderes Augenmerk auf die Auswahl der Kommunalpolitiker zu legen, damit diese Klammer zwischen Sozialdemokratischer Partei und Bevölkerung erhalten bleibt. In einigen Bereichen, in denen im hohen Maße negativ vom Bundestagswahlergebnis abgewichen worden ist, muß besonders die kommunale Basis der Partei untersucht werden.

Vertretung des Bezirks

in Kommissionen und Ausschüssen des Parteivorstandes

- | | |
|---|---|
| 1. Kommission Organisationspolitik
Gerhard Głogowski | 2. Kommission Politische Bildung
Peter-Jürgen Schneider |
| Außerdem sind in den Fachausschüssen des Parteivorstandes durch Berufung Parteivorstandees tätig : | |
| Rudolf Hauck | Kommission Jugendpolitik stellv. Vorsitzender |
| Hans-Jürgen Junghans | Wirtschafts- und Finanzpolitische Kommission |
| Rudolf Hauck | Sozialpolitische Kommission |
| Rudolf Hauck | Familienpolitische Kommission |
| Rudolf Wassermann | Rechtspolitischer Ausschuß |

Außerdem sind in den Fachausschüssen des Parteivorstandes durch Berufung des Parteivorstandes tätig:

Rudolf Hauck	Kommission Jugendpolitik	stellv. Vorsitzender
Hans-Jürgen Jungjohans	Wirtschafts- und Finanzpolitische Kommission	
Rudolf Hauck	Sozialpolitische Kommission	
Rudolf Hauck	Familienpolitische Kommission	
Rudolf Wassermann	Rechtspolitischer Ausschuss	

Vertretung des Bezirks Braunschweig in den Beiräten des Landesausschusses

Kommunalwahlen im Bezirk Braunschweig

		SPD	CDU	FDP
1. Beirat für Kommunalpolitik	Braunschweig	49,8 %	40,1 %	9,3 %
	BW	49,9 %	41,3 %	8,0 %
	KW			
2. Beirat für Medienpolitik	Salzgitter	54,7 %	39,2 %	5,5 %
	BW	56,6 %	39,5 %	3,5 %
	KW			
3. Sportbeirat	Gandersheim	50,3 %	43,4 %	5,7 %
	BW	51,2 %	44,3 %	4,5 %
	KW			
4. Beirat für Verbraucherpolitik	Goslar	47,0 %	45,0 %	7,4 %
	BW	48,2 %	45,0 %	6,4 %
	KW			
	Helmstedt	48,1 %	45,4 %	5,7 %
	BW	47,4 %	46,5 %	5,6 %
	KW			
	Peine	53,0 %	40,6 %	5,8 %
	BW	53,4 %	41,9 %	4,2 %
	KW			
	Wolfenbüttel	48,7 %	43,7 %	7,0 %
	BW	48,4 %	45,3 %	6,0 %
	KW			
	Hermann Denecke, Braunschweig			
	Werner Kirschner, Vechelde			
	Waltraud Buchholz, Büddenstedt			
	Dr. Klaus Verhey, Braunschweig			
	Hedwig Bortfeld, Braunschweig			
	Gerda Welzel-Rediker, Wolfenbüttel			

Kommunalwahlen 1976 in den kreisfreien Städten

Kommunalwahlen 1976

in den Landkreisen- und Kreisangehörigen Gemeinden

	SPD	CDU	FDP
Braunschweig	49,8 %	40,1 %	9,3 %
BW		41,3 %	8,0 %

	SPD	CDU	FDP
Gandersheim			
BW	50,3 %	43,4 %	5,7 %
KW	51,2 %	44,3 %	4,5 %
GW	50,8 %	45,5 %	3,7 %
Landkreis Gandersheim			
BW			
KW			
GW			
Bad Gandersheim			
BW	43,9 %	50,0 %	5,7 %
KW	44,3 %	52,6 %	3,1 %
GW	44,3 %	53,6 %	2,1 %
Kreienjensen			
BW	51,0 %	42,7 %	5,7 %
KW	51,0 %	44,7 %	4,3 %
GW	50,1 %	46,7 %	3,2 %
Langelsheim			
BW	56,1 %	37,4 %	5,9 %
KW	60,6 %	36,1 %	3,3 %
GW	61,1 %	36,0 %	2,9 %
Lutter			
BW	52,4 %	41,9 %	5,3 %
KW	55,2 %	42,1 %	2,7 %
GW	52,7 %	45,7 %	1,6 %
Seesen			
BW	49,1 %	44,4 %	5,8 %
KW	48,1 %	45,6 %	6,3 %
GW	47,6 %	46,7 %	5,7 %
Salzgitter Thiede			
BW	56,3 (56,0 %)	37,6 (37,7 %)	5,9 (5,9 %)
KW	58,1 %	37,5 %	4,2 %
Salzgitter Gebhardshagen			
BW	62,8 (60,9)	32,2 (34,1 %)	4,5 (4,4 %)
KW	63,8 %	33,4 %	2,4 %

Goslar

	SPD	CDU	FDP	SPD	CDU	FDP
Helmstedt						
Landkreis Goslar	47,0 %	45,0 %	7,4 %	48,1 %	45,4 %	5,7 %
BW	48,2 %	45,0 %	6,4 %	KW	47,3 %	46,5 %
KW	48,1 %	44,5 %	5,8 %	GW	47,3 %	47,1 %
SG Oberharz	49,5 %	41,1 %	8,7 %	Stadt Helmstedt	48,0 %	45,0 %
BW	51,2 %	40,7 %	7,2 %	BW	46,7 %	46,9 %
KW	50,0 %	43,5 %	6,6 %	KW	46,4 %	47,5 %
GW				GW		
Bad Harzburg	44,5 %	48,1 %	6,8 %	Schöningen	54,9 %	39,5 %
BW	46,6 %	47,6 %	5,6 %	BW	52,8 %	40,8 %
KW	46,8 %	46,5 %	5,1 %	KW	52,5 %	40,4 %
GW				GW		
Braunlage	41,0 %	51,0 %	7,4 %	Königsblütter	48,9 %	44,7 %
BW	42,5 %	51,5 %	5,3 %	BW	47,9 %	46,2 %
KW	43,0 %	44,8 %	3,5 %	KW	49,1 %	46,1 %
GW				GW		
Goslar	45,9 %	45,3 %	8,2 %	Grasleben	44,0 %	52,1 %
BW	47,5 %	45,2 %	7,0 %	BW	40,5 %	54,7 %
KW	48,1 %	45,4 %	6,5 %	KW	40,3 %	57,3 %
GW				GW		
Liebenburg	56,8 %	37,5 %	5,3 %	Velpke	42,0 %	53,0 %
BW	58,0 %	36,3 %	5,4 %	BW	40,5 %	55,0 %
KW	58,3 %	36,9 %	4,8 %	KW	41,7 %	55,8 %
GW				GW		
St. Andreasberg	47,0 %	45,2 %	7,4 %	Lehre	44,9 %	46,3 %
BW	38,4 %	52,8 %	8,6 %	BW	45,0 %	46,1 %
KW	38,8 %	51,1 %	10,1 %	KW	46,5 %	46,7 %
GW				GW		
Vienenburg	48,9 %	44,8 %	5,9 %	Büddenstedt	53,2 %	41,9 %
BW	47,7 %	46,7 %	5,4 %	BW	47,3 %	42,1 %
KW	45,8 %	42,2 %	4,5 %	KW	45,3 %	40,5 %
GW				GW		
Heeseberg				Nord-EIm	49,8 %	44,7 %
BW				BW	46,2 %	47,3 %
KW				KW	46,8 %	46,3 %
GW				GW		

Peine		SPD	CDU	FDP	CDU	SPD	FDP
Landkreis Peine		53,0 %	40,6 %	5,8 %	43,7 %	48,7 %	7,0 %
BW	53,4 %	41,9 %	4,2 %		KW	48,4 %	6,0 %
KW					GW	48,6 %	5,0 %
GW					SG Asse		
Ilsede		60,7 %	33,8 %	4,8 %	37,0 %	57,0 %	5,2 %
BW	60,9 %	35,3 %	3,2 %		KW	56,1 %	5,1 %
KW	60,7 %	36,5 %	2,7 %		GW	53,7 %	5,5 %
GW					SG Baddeckenstedt		
Lahstedt		56,0 %	37,9 %	5,4 %	39,3 %	55,0 %	5,1 %
BW	57,2 %	38,7 %	3,9 %		KW	57,1 %	2,9 %
KW	58,4 %	38,5 %	2,9 %		GW	58,5 %	0,7 %
GW					EG Cremingen		
Vechelde		49,6 %	44,3 %	5,7 %	46,6 %	43,7 %	9,1 %
BW	49,3 %	46,6 %	3,9 %		KW	44,4 %	6,4 %
KW	48,4 %	47,4 %	4,0 %		GW	43,4 %	5,9 %
GW					SG Oderwald		
Lengede		58,6 %	35,6 %	5,3 %	43,7 %	51,5 %	4,3 %
BW	61,1 %	36,5 %	2,3 %		KW	51,7 %	2,8 %
KW	62,4 %	37,5 %	—		GW	50,0 %	3,5 %
GW					SG Schöppenstedt		
Edemissen		48,7 %	44,7 %	6,1 %	42,0 %	53,5 %	4,1 %
BW	48,3 %	48,1 %	3,5 %		KW	43,4 %	2,5 %
KW	48,4 %	48,6 %	2,9 %		GW	54,7 %	—
GW					SG Sickte		
Wendeburg		43,0 %	50,6 %	5,9 %	42,4 %	51,7 %	5,2 %
BW	40,3 %	54,3 %	4,0 %		KW	50,5 %	5,5 %
KW	38,8 %	55,5 %	4,3 %		GW	50,2 %	5,1 %
GW					Stadt Wolfenbüttel		
Peine		54,8 %	38,7 %	5,8 %	44,5 %	48,2 %	6,8 %
BW	54,0 %	40,3 %	4,9 %		KW	45,4 %	7,2 %
KW	55,6 %	40,5 %	4,4 %		GW	43,8 %	6,3 %
GW					SG Hohenhameln		
Hohenhameln		49,6 %	43,6 %	6,5 %	45,5 %	45,3 %	8,5 %
BW	50,5 %	43,2 %	6,1 %		KW	44,8 %	7,8 %
KW	50,0 %	44,1 %	5,8 %		GW	45,9 %	6,6 %
GW							

Vergleich der Bundestagswahlkreise zu 1969 und 1974

Wahlen 1976 im Verhältnis zu den Kommunalwahlen und den Landtagswahlen 1974						
	SPD	CDU	FDP	SPD	CDU	FDP
WK 40 – Gifhorn	45,9 %	47,3 %	6,3 %	BW 76	54,7 %	39,2 %
BW 76	43,0 %	50,8 %	5,2 %	KW 76	56,6 %	39,6 %
LW 74	48,3 %	44,4 %	6,6 %	KW 74	–	–
BW 72	43,1 %	46,7 %	4,1 %	LW 74	53,6 %	41,0 %
Gewählt: Adolf Stockleben						
WK 44 – Salzgitter	53,2 %	40,7 %	5,6 %	BW 76	49,8 %	40,1 %
BW 76	52,4 %	42,3 %	4,5 %	KW 76	49,9 %	41,3 %
LW 74	55,8 %	37,4 %	6,2 %	KW 74	46,1 %	42,7 %
BW 72	50,3 %	41,6 %	4,1 %	LW 74	46,8 %	42,7 %
Gewählt: Adolf Stockleben						
WK 45 Braunschweig	49,8 %	40,1 %	9,3 %	BW 76	53,0 %	40,6 %
BW 76	46,8 %	42,7 %	9,5 %	KW 76	53,4 %	41,9 %
LW 74	52,7 %	36,2 %	10,4 %	KW 74	51,4 %	43,5 %
BW 72	50,9 %	37,9 %	6,9 %	LW 74	51,1 %	43,0 %
Gewählt: Hans-Jürgen Junghans						
WK 46 Helmstedt	45,9 %	46,7 %	6,8 %	BW 76	47,8 %	45,0 %
BW 76	43,2 %	49,7 %	6,0 %	KW 76	48,6 %	45,0 %
LW 74	48,8 %	42,9 %	7,6 %	KW 74	46,3 %	45,9 %
BW 72	45,1 %	46,0 %	4,3 %	LW 74	46,2 %	46,3 %
BW 69						
Gewählt: Klaus-Dieter Kühbacher						
WK 47 Goslar	47,8 %	44,6 %	7,1 %	BW 76	48,7 %	43,7 %
BW 76	47,0 %	45,9 %	6,2 %	KW 76	48,5 %	45,3 %
LW 74	50,6 %	40,9 %	7,9 %	KW 74	47,5 %	46,3 %
BW 72	46,9 %	44,2 %	5,0 %	LW 74	47,4 %	45,6 %
BW 69						
Gewählt: Rudolf Hauck						
Die Ergebnisse von 1969 sind nicht vergleichbar, da die Gebietsänderungen nicht berücksichtigt sind.						
Niedersachsen						
WB 92,0 %	BW 76	45,7 %	45,7 %			
WB 91,3 %	KW 76	44,9 %	47,3 %			
WB 82,7 %	KW 74	44,7 %	46,8 %			
WB 84,4 %	LW 74	43,1 %	48,8 %			

Gewinne und Verluste zu 1974 in den Landkreisen

	SPD	CDU	FDP
Peine – Landkreis	+ 1,6 %	- 1,6 %	- 0,3 %
Goslar	+ 2,3 %	- 0,9 %	+ - 0

	SPD	CDU	FDP
Kreis Peine			
Edemissen	+ 1,8 %	- 1,3 %	- 0,5 %
Hohenhameln	+ 3,7 %	- 1,5 %	- 2,2 %
Peine	+ 2,8 %	2,4 %	+ - 0
Vechelde	+ 1,4 %	- 0,5 %	- 0,7 %
Wendeburg	+ 0,7 %	- 1,9 %	- 0,7 %
Landkreis		+ 1,6 %	- 1,6 %
Gandersheim			
Bad Gandersheim	- 1,5 %	+ 1,9 %	- 0,3 %
Kreitensen	- 0,1 %	+ 1,1 %	+ - 0
Lutter	+ 0,8 %	- 0,2 %	- 0,6 %
Seesen	- 0,7 %	- 0,5 %	+ 1,6 %
Landkreis		+ - 0	- 0,3 %
Wolfenbüttel			
SG Asse	- 0,7 %	+ 3,9 %	+ 0,9 %
SG Baddeckenstedt	+ 1,4 %	- 1,9 %	-
EG Cremlingen	+ 0,1 %	- 1,1 %	- 0,7 %
SG Oderwald	+ 3,3 %	- 2,4 %	- 0,9 %
SG Schladen	+ 0,3 %	+ 1,6 %	-
SG Schneppenstedt	- 2,6 %	+ 1,0 %	+ 1,6 %
SG Sickte	+ 1,6 %	+ - 0	+ 2,5 %
Stadt Wolfenbüttel	+ 0,9 %	- 0,1 %	+ 0,1 %
Landkreis		+ 1,0 %	- 1,0 %
Helmstedt			
	+ 1,7 %	- 2,0 %	+ 0,7 %
Wolfenbüttel	+ 1,0 %	- 1,0 %	+ 0,1 %
Landkreis		+ 1,0 %	- 1,0 %
Helmstedt			
Schöningen	+ 2,0 %	- 1,4 %	- 0,6 %
Büddenstedt	- 5,2 %	- 2,1 %	+ 7,3 %
Grasleben	- 1,3 %	+ 1,5 %	-
Heimstedt	+ 2,2 %	- 1,9 %	+ 0,7 %
Königslutter	+ 1,7 %	- 3,1 %	+ 1,5 %
Heeseberg	+ 2,5 %	- 2,5 %	-
Nord-Elm	- 2,0 %	- 4,8 %	+ 2,3 %
Landkreis		+ 1,7 %	- 2,0 %
Stadt Braunschweig		+ 3,8 %	- 1,4 %
			+ 0,7 %

In Salzgitter war 1974 keine Wahl

Gewinn und Verlust in den Gemeinden und Samtgemeinden zu 1976

	SPD	CDU	FDP
Kreis Peine			
Edemissen	+ 1,8 %	- 1,3 %	- 0,5 %
Hohenhameln	+ 3,7 %	- 1,5 %	- 2,2 %
Peine	+ 2,8 %	2,4 %	+ - 0
Vechelde	+ 1,4 %	- 0,5 %	- 0,7 %
Wendeburg	+ 0,7 %	- 1,9 %	- 0,7 %
Landkreis		+ 1,6 %	- 0,3 %
Gandersheim			
Bad Gandersheim	- 1,5 %	+ 1,9 %	- 0,3 %
Kreitensen	- 0,1 %	+ 1,1 %	+ - 0
Lutter	+ 0,8 %	- 0,2 %	- 0,6 %
Seesen	- 0,7 %	- 0,5 %	+ 1,6 %
Landkreis		+ - 0	- 0,3 %
Wolfenbüttel			
SG Asse	- 0,7 %	+ 3,9 %	+ 0,9 %
SG Baddeckenstedt	+ 1,4 %	- 1,9 %	-
EG Cremlingen	+ 0,1 %	- 1,1 %	- 0,7 %
SG Oderwald	+ 3,3 %	- 2,4 %	- 0,9 %
SG Schladen	+ 0,3 %	+ 1,6 %	-
SG Schneppenstedt	- 2,6 %	+ 1,0 %	+ 1,6 %
SG Sickte	+ 1,6 %	+ - 0	+ 2,5 %
Stadt Wolfenbüttel	+ 0,9 %	- 0,1 %	+ 0,1 %
Landkreis		+ 1,0 %	- 1,0 %
Helmstedt			
Schöningen	+ 2,0 %	- 1,4 %	- 0,6 %
Büddenstedt	- 5,2 %	- 2,1 %	+ 7,3 %
Grasleben	- 1,3 %	+ 1,5 %	-
Heimstedt	+ 2,2 %	- 1,9 %	+ 0,7 %
Königslutter	+ 1,7 %	- 3,1 %	+ 1,5 %
Heeseberg	+ 2,5 %	- 2,5 %	-
Nord-Elm	- 2,0 %	- 4,8 %	+ 2,3 %
Landkreis		+ 1,7 %	- 2,0 %
Stadt Braunschweig		+ 3,8 %	- 1,4 %
			+ 0,7 %

Wert DM	Stück	Anteil %	Wert DM	Stück	Anteil %	Wert DM	Stück	Anteil %	Wert DM	Stück	Anteil %
1974			1975			1976					
2,-	84992	38,9	2,-	84735	36,3	2,-	66832	29,7			
3,-	65054	29,8	3,-	66864	28,7	4,-	91310	40,6			
4,-	25523	11,7	4,-	32188	13,8	5,-	7765	3,5			
6,-	21063	9,6	6,-	24411	10,5	6,-	25663	11,4			
8,-	9835	4,5	8,-	11419	4,9	8,-	13249	5,9			
12,-	6720	3,1	12,-	7571	3,2	10,-	4707	2,1			
18,-	2637	1,2	18,-	2952	1,3	12,-	7340	3,3			
24,-	1346	0,6	24,-	1589	0,7	15,-	1440	0,7			
35,-	764	0,4	35,-	858	0,4	20,-	2977	1,3			
45,-	289	0,1	45,-	264	0,1	25,-	1593	0,7			
60,-	218	0,1	60,-	259	0,1	35,-	1077	0,5			
80,-	39	0,0	80,-	75	0,0	45,-	317	0,2			
120,-	76	0,0	120,-	91	0,0	60,-	305	0,1			
218 556	100,0		233 274	100,0		Einnahme - brutto - 993 110,- DM	200,-		-	-	
						Abrechnung - 96,3%	150,-				
						Einnahme - brutto - 897 771,- DM	120,-				
						Abrechnung - 94,6%	98				
						Einnahme - brutto - 1148 874,- DM	88				
						Abrechnung - 92,1%	0,0				
						Einnahme - brutto - 1148 874,- DM	224 785				
						Abrechnung - 92,1%	100,0				

Finanzen

Die hier vorliegenden Berichte für die Jahre 1974, 1975 und 1976 vermitteln eine umfassende Übersicht der Einnahmen und Ausgaben des Bezirks. Es ist festzustellen, daß die Einnahmen fast ausschließlich aus eigener Kraft aufgebracht wurden.

Die ständigen Bemühungen, das Beitragsaufkommen zu verbessern, brachten nach der fast sensationellen Steigerung von 45 % im Jahre 1973, auch 1974 ein Plus von 6,3 % und 1975 sogar 10,6 %.

1976 konnten wir, mit einer vom Bundesparteitag kurzfristig veränderten Beitragsstaffel, eine Steigerung von 15,7 %, zum Vorjahr gerechnet, erzielen und damit die Miliionengrenze erstmalig überschreiten.

Diese guten Ergebnisse verdanken wir, nicht zuletzt, den intensiven Bemühungen der vielen hundert Kassierer in unseren Ortsvereinen. Sie verdienen dafür besondere Anerkennung und unseren Dank.

Gliederung des Berichtes:

1. Beitragsmarkenumsatz – Bezirk
2. Beitragsentwicklung der Unterbezirke
3. Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben
4. Mitgliederbewegung

Beitragssmarken-Umsatz

Beitragssmarken 1974/75/76

Beitragsmarken 1974-1976

Einnahmen	DM	Ausgaben	DM
Zusammensetzung der Einnahmen und Ausgaben 1975			
Betriebsmittelbestand am 1.1.1975	341 416,62	Wahlern	Betragte
Banken	12 776,07	Veranstaltung	Bildung
Barkasse	28 002,63	Werbung	Bildung
Banken	10 096,32	Veranstaltung	Betragte
Barkasse	266 760,22	Betragte	Betragte
Banken	828 257,91	Werbung	Bildung
Barkasse	86 830,00	Veranstaltung	Veranstaltung
Banken	90 000,00	Wahlern	Betragte
Barkasse	137 345,12	Postcheckkonto	Rückstellungen - Wahlern
Banken	119 330,05 DM	14 403,90 DM	Rückstellungen - Wahlern
Barkasse	3611,17 DM	119 330,05 DM	Banken
Barkasse	341 416,62	341 416,62	Banken
Zusammensetzung der Einnahmen und Ausgaben 1976			
Betriebsmittelbestand am 1.1.1976	345 414,94	Wahlern	Betragte
Banken	124 636,39	Veranstaltung	Bildung
Barkasse	16 584,70	Werbung	Bildung
Banken	40 21,75	Veranstaltung	Veranstaltung
Barkasse	918 668,60	90 000,00	Werbung
Banken	89 769,53	72 520,33 DM	Postcheckkonto
Barkasse	7545,80 DM	72 520,33 DM	Postcheckkonto
Banken	72 520,33 DM	9 703,40 DM	Rückstellungen - Wahlern
Barkasse	89 769,53	9 703,40 DM	Einnahmen
Zusammensetzung der Einnahmen und Ausgaben 1976			
Betriebsmittelbestand am 1.1.1976	345 414,94	Wahlern	Betragte
Banken	124 636,39	Veranstaltung	Bildung
Barkasse	16 584,70	Werbung	Bildung
Banken	40 21,75	Veranstaltung	Veranstaltung
Barkasse	918 668,60	90 000,00	Werbung
Banken	89 769,53	72 520,33 DM	Postcheckkonto
Barkasse	7545,80 DM	72 520,33 DM	Postcheckkonto
Banken	72 520,33 DM	9 703,40 DM	Rückstellungen - Wahlern
Barkasse	89 769,53	9 703,40 DM	Einnahmen

Einnahmen	DM	Ausgaben	DM
Zusammensetzung der Einnahmen und Ausgaben 1976			
Betriebsmittelbestand am 1.1.1976	345 414,94	Wahlern	Betragte
Banken	124 636,39	Veranstaltung	Bildung
Barkasse	16 584,70	Werbung	Bildung
Banken	40 21,75	Veranstaltung	Veranstaltung
Barkasse	918 668,60	90 000,00	Werbung
Banken	89 769,53	72 520,33 DM	Postcheckkonto
Barkasse	7545,80 DM	72 520,33 DM	Postcheckkonto
Banken	72 520,33 DM	9 703,40 DM	Rückstellungen - Wahlern
Barkasse	89 769,53	9 703,40 DM	Einnahmen
Zusammensetzung der Einnahmen und Ausgaben 1976			
Betriebsmittelbestand am 1.1.1976	345 414,94	Wahlern	Betragte
Banken	124 636,39	Veranstaltung	Bildung
Barkasse	16 584,70	Werbung	Bildung
Banken	40 21,75	Veranstaltung	Veranstaltung
Barkasse	918 668,60	90 000,00	Werbung
Banken	89 769,53	72 520,33 DM	Postcheckkonto
Barkasse	7545,80 DM	72 520,33 DM	Postcheckkonto
Banken	72 520,33 DM	9 703,40 DM	Rückstellungen - Wahlern
Barkasse	89 769,53	9 703,40 DM	Einnahmen

Einnahmen	DM	Ausgaben	DM
Zusammensetzung der Einnahmen und Ausgaben 1976			
Betriebsmittelbestand am 1.1.1976	345 414,94	Wahlern	Betragte
Banken	124 636,39	Veranstaltung	Bildung
Barkasse	16 584,70	Werbung	Bildung
Banken	40 21,75	Veranstaltung	Veranstaltung
Barkasse	918 668,60	90 000,00	Werbung
Banken	89 769,53	72 520,33 DM	Postcheckkonto
Barkasse	7545,80 DM	72 520,33 DM	Postcheckkonto
Banken	72 520,33 DM	9 703,40 DM	Rückstellungen - Wahlern
Barkasse	89 769,53	9 703,40 DM	Einnahmen
Zusammensetzung der Einnahmen und Ausgaben 1976			
Betriebsmittelbestand am 1.1.1976	345 414,94	Wahlern	Betragte
Banken	124 636,39	Veranstaltung	Bildung
Barkasse	16 584,70	Werbung	Bildung
Banken	40 21,75	Veranstaltung	Veranstaltung
Barkasse	918 668,60	90 000,00	Werbung
Banken	89 769,53	72 520,33 DM	Postcheckkonto
Barkasse	7545,80 DM	72 520,33 DM	Postcheckkonto
Banken	72 520,33 DM	9 703,40 DM	Rückstellungen - Wahlern
Barkasse	89 769,53	9 703,40 DM	Einnahmen

Die Revisoren: Paul Brühn, Willi Edler, Gerhard Weise
1 694 987,75

Die Revisoren: Paul Brühn, Willi Edler, Gerhard Weise
1 694 987,75

Mitgliederbewegung 74

Kreis	Stadt	Vor. Verteilbar	Eingezeichnet	Zugezogenen	Aus-	Ge-	Ver-	getreten	stricken	zogenen	Stunden	Ge-	m., w.	m., w.	m., w.	m., w.	
Braunschweig-	5235 3928 1307	156	69	1063 271	135 52	58	14	346 138	90	20	4518 1423	+ 706					
Peine	-	-	84	28	2418 444	23	9	2	2	82 23	15	2	2380 436	ab 1.7.	2816		
Wolfsbuttel	2601 2224 377	171	67	817 121	79 23	47	5	646 100	29	4	2411 433	+ 243	2844				
Ganderhheim	1904 1681 223	113	43	296 36	40	4	2	-	645 68	23	3	1380 227	/ . 297	1607			
Peine	2085 1801 284	78	24	327 53	53	14	32	4	346 33	22	2	1753 308	/ . 24	2061			
Goslar	1986 459	153	34	241 33	87	27	11	2	51 12	53 11	2178 474	+ 207	2652				
Helmstedt	2422 2014 408	113	32	44 10	60	22	22	1	59	9	23	2	2007 416	+ 1	2423		
Braunschweig-	1807 1513 294	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	Land Auflosung	
	18499 15147 3352	297	5206 968	477 151	174 28	36	677 255	44	16627 3717	+ 1845							

Mitgliederbewegung 75

	Stadt	5941 4518 1423	150	57	341	90	135 50	45 12	360	99	95 23	4374 1386	/ . 181	5760			
Braunschweig-	2816 2380 436	76	31	49	4	44 13	7	2	52	8	42	6	2360 442	/ . 14	2802		
Peine	2844 2411 433	86	26	47	3	58 17	13	2	39	15	27	1	2407 427	/ . 10	2834		
Ganderhheim	1607 1380 227	42	11	17	7	28	7	1	-	22	7	32	7	1356 224	/ . 27	1580	
Goslar	2061 1753 308	79	19	85	20	46 13	15	2	49	16	33	8	1774 308	+ 21	2082		
Helmstedt	2652 2178 474	66	16	278	54	66 15	8	-	305	59	34	6	2109 464	/ . 79	2573		
Salzgitter	2423 2007 416	101	42	47	12	47 11	35	7	61	11	28	5	1984 436	/ . 3	2420		
	20344 16627 3717	600	202	864	190	424 126	124	25	888	215	291	56	16364 3687	/ . 293	20051		

Bildungsarbeit

In den Zeitraum dieses Berichts über die Bildungsarbeit im Bezirk Braunschweig fallen zwei Bildungsjahre: 1974/75 und 1975/76. Das laufende Bildungsjahr 1976/77 ist in diesem Bericht noch nicht enthalten; es wird in die Berichterstattung zum ordentlichen Parteitag im Jahre 1979 aufzunehmen sein. Inhalt und Umfang der bisher durchgeführten Maßnahmen lassen jedoch schon jetzt die Aussage zu, daß eine Ausweitung des Bildungsinteresses und damit der Bildungsarbeit nach den Wahlkämpfen des Jahres 1976 deutlich spürbar ist. Die Aussagen über die Bildungsarbeit in der Börner/Koschnick-Studie zur Reform der Parteiarbeit werden insoffern auch durch die praktischen Erfahrungen im Bezirk Braunschweig bestätigt.

Im folgenden wird die Teilnehmerstatistik in einiger für die Bildungsarbeit, aber auch für die Parteiarbeit, interessante Daten aufgeschlüsselt.

1. Vergleich der Bildungsjahre 1974/75 und 1975/76

Tabelle 1

	1974/75		1975/76		1974-1976	
	Anzahl	Teiln.	Anzahl	Teiln.	Anzahl	Teiln.
Wochenendseminare	27	862	20	462	47	1324
Verl./WE-Seminare*	3	88	3	69	6	157
Tagesseminare	1	14	5	93	6	107
Wochenseminare	-	-	1	25	1	25
Berlinseminare	3	125	6	210	9	335
* Beginn Freitagabend	34	1089	35	859	69	1948

* Beginn Freitagabend

Der Vergleich der beiden Bildungsjahre weist einen Rückgang der Teilnehmerzahlen aus. Dies ist in erster Linie auf das Absinken der durchschnittlichen Teilnehmerzahl bei Wochenendseminaren von 32 auf 23 Teilnehmer je Seminar zurückzuführen. Diese Reduzierung war beabsichtigt, da sich die Seminardurchführung mit Gruppen von etwa 25 Teilnehmern als optimal erwiesen hat. Hinzu kommt, daß das Bildungsjahr 1976 mit Rücksicht auf den Vorwahlkampf früher beendet wurde als sonst üblich. Trotz der geringeren Teilnehmerzahl hat sich die Zahl der Veranstaltungen um eine erhöht. Da der organisatorische Aufwand für die Bildungsarbeit sehr viel mehr von der Zahl der Veranstaltungen als von der Zahl der Teilnehmer abhängt, sind unter diesem Aspekt die beiden Jahre etwa gleichwertig. Die Zahl von 35 Veranstaltungen pro Jahr markiert auch in etwa die obere Grenze der Bildungsarbeit, die bei der derzeitigen Organisationsform im Bezirk durchführbar ist.

Mitgliederbewegung 76

Braunschweig-Stadt	5 760 4 374 1 386	265	128	231	73	106	33	50	2	315	102	83	22	4 316	1 428	J. 16
Peine	2 802 2 360 442	255	94	259	47	91	8	5	-	270	50	38	9	2 470	516	+ 184
Wolfenbüttel	2 834 2 407 427	173	51	48	16	83	10	41	1	52	5	30	3	2 422	475	+ 63
Gandersheim	1 580 1 356 224	130	56	85	19	38	7	2	-	93	23	29	3	1 409	266	+ 95
Goslar	2 082 1 774 308	201	79	47	36	100	24	16	2	89	16	34	1	1 783	380	+ 81
Helmstedt	2 573 2 109 464	150	49	49	10	103	19	9	3	65	18	49	3	2 082	480	J. 11
Salzgitter	2 420 1 984 436	247	68	33	10	79	15	17	2	41	12	20	13	2 107	472	+ 159
Insgesamt	20 051 16 364 3 687	1 421	525	752	211	600	116	140	10	925	226	283	54	16 589	4 017	+ 555

2 Teilnehmer nach Unterbezirken (ohne Berlin-Fahrten)
 Nachstehend sind die Teilnehmer an Bildungsveranstaltungen nach Unterbezirken aufgelistet. Die Prozentzahlen sind auf den Mitgliederstand am 31.12.1974 bzw. 31.12.1975 bezogen. Unter „Sonstige“ stehen Teilnehmer, die nicht Mitglied im Bezirksverband Braunschweig sind. Diese sind bei der Summenbildung mitgerechnet; die Abweichung ist vernachlässigbar.

Tabelle 2		1974/75					1975/76				
Unterbezirk	Teilnehmer	% Mitgli. abs.	1974/75	1975/76	1974/75	1975/76	1974/75				
Braunschweig	370	6,2	260	4,5	630	5,4					
Gandersheim/Goslar	35	1,0	89	2,4	124	1,7					
Helmstedt	146	5,5	68	2,6	214	4,1					
Peine	75	2,7	54	1,9	129	2,3					
Salzgitter	182	7,5	104	4,3	286	5,9					
Wolfenbüttel	125	4,4	41	1,5	166	3,0					
Sonstige	31	—	33	—	64	—					
	964	4,7	649	3,2	1613	4,0					

Während die Spanne zwischen den Unterbezirken im Bildungsjahr 1974/75 noch sehr groß war, ist im Jahre 1975/76 eine ausgewogene Verteilung der Teilnehmer feststellbar. Auffällig ist die schlechtere Beteiligung aus den Unterbezirken Gandersheim/Goslar und Peine. Dies dürfte nicht zuletzt auf die räumliche Entfernung zur Tagungsstätte im Elm zurückzuführen sein.

Insgesamt haben etwa 4 % der Mitglieder an Bildungsveranstaltungen teilgenommen. Dies Ergebnis kann als zufriedenstellend bezeichnet werden, da sich die Teilnehmer an Bildungsveranstaltungen aus dem Anteil der aktiven Mitglieder rekrutieren. Legt man eine Aktivmitgliedschaft von etwa 20 % der Gesamtmitgliedschaft zugrunde, so ergibt sich eine Beteiligung an Bildungsmaßnahmen von etwa 20 % der Aktiven. Diese Zahl unterstreicht den Stellenwert der Bildungsarbeit im Bezirk Braunschweig.

3. Teilnehmer nach Altersgruppen

Tabelle 3

		1974/75			1975/76		
		unter 35	35-50	über 50	unter 35	35-50	über 50
Wochenendseminare	592	193	77	293	133	36	
Verl. WE-Seminare	19	50	19	22	32	15	
Tagesseminare	4	8	2	33	44	16	
Wochenseminar	—	—	—	5	15	5	
	615	251	98	353	224	72	

Die Aufschlüsselung der Teilnehmer nach Altersgruppen zeigt deutlich, daß die Altersgruppe bis 35 Jahre den größten Anteil stellt. Hier konkretisiert sich auch die oben gemachte Aussage, der Rückgang der Teilnehmerzahl habe seine Ursache bei der durchschnittlichen Belegungszahl von Wochenendseminaren, dahingehend, daß dies vor allem für die durchschnittliche Teilnehmerzahl von Juso-Seminaren zutrifft. Die Altersverteilung ist insgesamt günstig zu beurteilen. Eine stärkere Beteiligung der über 50 Jahre alten Mitglieder, die ja häufiger auch Funktionäre sind, ist anzustreben.

4. Teilnehmer nach Geschlechtern
 In der nachstehenden Tabelle sind die Teilnehmer nach Geschlechtern und Bildungsjahren auf die verschiedenen Veranstaltungsarten aufgeteilt. Der starke Rückgang der Teilnehmerinnen an Wochenendseminaren ist darauf zurückzuführen, daß die AsF-Seminare im Bildungsjahr 1975/76 in Form von Tagesseminaren durchgeführt wurden. Davon ist im Bildungsjahr 1976/77 wieder abgegangen worden.

Tabelle 4

		1974/75		1975/76		1974/75		1975/76		1974/75	
		männl.	weibl.								
Wochenendseminare	558	304	76	12	54	81	939	385			
Verl. WE-Seminare	76	12	2	13	24	1	130	27			
Tagesseminare	12	—	—	—	—	24	1	25	82		
Wochenseminar	—	—	—	—	—	24	1	24	1		
	646	318	472	177	177	1118	1118	495			

Die Aufschlüsselung in Geschlechter, umgerechnet nach Prozenten und bezogen auf den Prozentanteil der Parteimitglieder jeweils zum Jahresende (Mitte des Bildungsjahrs), belegt die interessante Tatsache, daß die weiblichen Parteimitglieder, gemeinsam an ihrem Anteil an der Gesamtmitgliedschaft, überdurchschnittlich Bildungsveranstaltungen besuchten. Dieser eindrückliche Umstand dürfte vor allem auf die speziellen AsF-Seminare zurückzuführen sein. Allerdings ist auch eine zunehmende Erhöhung des Anteils weiblicher Mitglieder bei sonstigen Seminaren feststellbar.

5. Inhalte der bezirklichen Bildungsarbeit

Wie in der Vergangenheit ist auch im Berichtszeitraum das Bildungsprogramm sehr breit angelegt gewesen. Zu nahezu allen Feldern aktueller Politik sind Seminare veranstaltet worden. Daneben haben – wie immer – grundlegende Seminare zur Kommunalpolitik, zur Geschichte unserer Partei und zur innerparteilichen Struktur ihren Platz gehabt.

Im Bildungsjahr 1975/76 lag der Schwerpunkt bei der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung der Wahlkämpe. In dem betreffenden Bildungsjahr sind 8 Wochenendseminare, 4 Tagesseminare, 1 Tagesseminar und ein Wochenseminar ausschließlich zur Vorbereitung des Wahlkampfes durchgeführt worden.

Weitere Seminare befassten sich mit „wahlkampfnahen“ Themen, so z. B. mit der Pressearbeit und der Versammlungstechnik. Es kann wohl unterstellt werden, daß damit die Bildungsarbeit wesentliche Grundlagen für den Wahlkampferfolg in unserem Bezirk mitgeschaffen hat.

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

Tabelle 5

	Parteimitglieder		Teilnehmer			% abs.
	männlich abs.	weiblich abs.	männlich % abs.	weiblich % abs.		
1974/75	16 627	81,7	3717	18,3	646	67,0
1975/76	16 364	81,6	3684	18,4	472	72,7
∅ 1974-76	16 496	81,6	3701	18,4	559	69,3
					248	30,7

Um den Vorbereitungsaufwand für Bildungsveranstaltungen in Zukunft zu begrenzen, sollte eine gewisse Standardisierung des Seminarprogramms angestrebt werden. Dabei ist auf eine sinnvolle Arbeitsteilung mit anderen Bildungsträgern, wie z. B. der Friedrich-Ebert-Stiftung, zu achten.

6. Ausblick auf die künftige Arbeit

Eine Ausweitung der Bildungsarbeit ist nur mit veränderten Organisationsstrukturen durchführbar. Es wird darauf ankommen, in den Unterbezirken eigene Aktivitäten in Gang zu setzen. Zu diesem Zweck wird zur Zeit der Versuch unternommen, eine funktionierende Bildungsoblieute-Organisation aufzubauen. Ziel ist dabei die Benennung eines Vorstandsmitglieds in jedem Unterbezirksvorstand und in jedem Ortsvereinsvorstand für die Bildungsarbeit der Partei. Außerdem sollen die Arbeitsgemeinschaften auf Bezirks- und Unterbezirksebene jeweils einen Bildungsobmann benennen. Mit Hilfe der Bildungsoblieute soll die Bildungswerbung verbessert werden. Außerdem sind eigene Aktivitäten der Unterbezirke und Ortsvereine angestrebt. Dabei ist auch an Abendveranstaltungen und ähnliches gedacht. Der Aufbau dieser Organisation ist der Schwerpunkt des Jahres 1977 in der innerparteilichen Bildungsarbeit.

Die AfA hatte in dem Berichtszeitraum unter erschwerten Bedingungen ihre Bewährungsprobe zu bestehen.

Dies waren vor allem:

- Wirtschaftlicher Rückgang, und in der Folge erhöhte Arbeitslosigkeit, insbesondere im Raum Südst.-Niedersachsen.
- Finanzierungsschwierigkeiten beim sozialen Sicherungs-System, und die fehlerhafte Behandlung dieses sehr ernsten Problems nach der Bundestagswahl, erschwert die politische Arbeit in den Betrieben und Verwaltungen.

Hinzu kamen die durch die Weltwirtschaft verursachten Schwierigkeiten, die auch beim sozialen Sicherungssystem Spuren hinterließen, und den einzelnen Arbeitnehmer unmittelbar trafen.

In dieser kritischen Situation hatten die sozialdemokratischen Arbeitnehmer in den Betrieben und Verwaltungen ihren Mann zu stehen.

Bei diesen Diskussionen vor Ort wollten und durften wir nicht versuchen, eigene Fehler und Mängel zu kaschieren oder zuzudecken. Wir fühlten uns aber auch verpflichtet, auf die weltweiten Ursachen hinzuweisen und objektive Vergleiche mit anderen Industriestaaten anzustellen. Aufgrund der teilweise beispielhaften Leistungen von Sozialdemokraten in Regierungen und Parlamenten, konnten wir weitgehend die Diskussionen offensiv führen.

Bei der Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern kam uns die solide politische Substanz, die viele unserer Mitglieder in den Betriebsgruppen sich erarbeitet hatten, zugute. In unzähligen Gesprächen, Veranstaltungen und Konferenzen der Betriebsgruppen und Arbeitsgemeinschaften, beziehungsweise Großveranstaltungen auf Bezirks- und überregionaler Ebene, wurden durch Informationen und Diskussionen unser politisches Rüstzeug verbessert und konnten den Parteioorganisationen manche nützlichen Impulse geben.

In zahlreichen Wochen- und Wochenendkursen haben wir unser politisches Wissen vertieft und uns selbst diskussionsfähiger gemacht.

Mit Verteilung von Flugblättern und Informationschriften vor den Werkstoren – nicht nur vor den Wahlen – haben wir versucht, unseren Kollegen politische Informationen in die Hand zu geben.

Für die Vw-Werke Braunschweig und Salzgitter wird seit einem Jahr in Zusammenarbeit mit den Betriebsgruppen der Werke Hannover und Kassel eine Betriebszeitung erstellt und im Zeitabstand von einigen Monaten vor den Werkstoren verteilt.

Diese erfolgreiche Aktion konnte auch bei Siemens in Braunschweig durchgeführt werden. Den Genossen, die sich für die Betriebszeitungen so stark engagiert haben, möchten wir einen besonderen Dank sagen.

Wir haben unseren Sympathisanten, die zur Bundestags- und Kommunalwahl 1976 mit "Arbeitnehmer-Initiativen" uns unterstützt haben, herzlich Dank zu sagen. Diese Kollegen und Kollegen, auch zwischen den Wahlen mit politischen Informationen zu versorgen, sollte uns eine selbstverständliche Pflicht sein.

In den letzten Jahren ist das politische Klima in der Bundesrepublik rauher und die Auseinandersetzung mit konservativen Kräften härter geworden. Ihr Ziel ist eindeutig, die Sozialdemokraten sollen von den Schaftstellen der politischen Macht verdrängt werden.

Wenn wir dieses Ringen, für eine friedlichere Welt, für eine soziale und gerechtere Gesellschaft trotzdem erfolgreich durchstehen wollen, müssen wir unsere Vertrauensbasis in der breiten Schicht unseres Volkes, das heißt, in der Arbeitnehmerschaft festigen und weiter ausbauen.

Jeder Sozialdemokrat sollte sich aber im klaren sein, daß auch die SPD kein Erbrecht auf das Vertrauen der Arbeitnehmerschaft hat, sondern sie hat es sich zu erarbeiten und zu verdienen. Und zwar mit ihrer Arbeit in der Arbeitnehmerschaft und ihren gewerkschaftlichen Organisationen sowie für die Arbeitnehmerschaft in den Parlamenten und Regierungen.

Wenn wir uns auf diese sozialdemokratischen Pflichten besinnen, werden wir Sicherheit unserer Vertrauensbasis in der Arbeitnehmerschaft erweitern können. Die AfA bietet die organisatorische Basis für diese Vertrauensarbeit, wir alle helfen der SPD, wenn wir sie in ihrer schwierigen Arbeit unterstützen.

Michael Weber

Arbeitsgemeinschaft

Sozialdemokratischer Frauen

Seit der Neuwahl des Vorstandes im November 1975 ist über folgende Schwerpunkte zu berichten:

1. Zur Koordination ihrer Arbeit gründeten die vier Bezirksvorstände der AsF in Niedersachsen nach vorbereitenden Gesprächen am 4. 4. 1977 den Landesausschuß der AsF Niedersachsen, nachdem die Richtlinien dazu verfaßt und verabschiedet waren. Den Vorsitz im Landesausschuß der AsF führte als erste die Bezirksvorsitzende der AsF im Bezirk Braunschweig, Ulrike Block, nach einem Jahr wechselte diese Funktion auf den Bezirk Hannover über. Gemeinsam wurde ein Flugblatt verfaßt und verteilt. "Die Sozialdemokratinnen in Niedersachsen haben am 25. 9. die Großveranstaltung des Landestrauenrates „Frauen fragen – Politiker antworten“ zahlreich besucht und mit Fragen und Diskussionsbeiträgen dafür gesorgt, daß nicht wie bisher der Eindruck in der Öffentlichkeit entstand, daß es in Niedersachsen nur konservative Frauen gibt. Für den 17. 4. 1977 wurde unter dem Thema „Gleichstellung der Frau – Recht auf Arbeit“ eine Fachkonferenz in Wolfsburg geplant, die vor allem auch die Öffentlichkeit auf das „Recht auf Arbeit – Grundwert für Frauen“ aufmerksam machen will.

2. Zur Vorbereitung auf den Bundestags- und Kommunalwahlkampf wurden Seminare durchgeführt, die Resonanz war gut. So ist es nicht verwunderlich, daß die Genossinnen im Wahlkampf 1976 mit eigenen Aktionen, Info-Ständen und Verteilungen besonders aktiv wurden. In diesem Zusammenhang sei die Konferenz am 2. 9. 1976 mit Elfriede Eilers, der Bundesvorsitzenden der AsF, in Braunschweig erwähnt, die gut besucht war und ein positives Echo fand.

3. In 7 Bezirksvorstands- und 6 Bezirkshausschluß-Sitzungen wurden unter anderem folgende Themen behandelt:

Versicherungs- und Rentenfragen

Berufsberatung für Hauptschüler

- Entwurf des Gesetzes zur Durchführung des straffreien Schwangerschaftsabbruchs

Nach einem Besuch in der Strafvollzugsanstalt für Jugendliche in Hameln und Gesprächen dort mit der Anstaltsleitung und den Insassen wurde eine Bezirksveranstaltung unter dem Thema „Strafvollzug für Jugendliche – Probleme und Reformbestrebungen“ durchgeführt.

4. Die AsF im Bezirk Braunschweig hat von Anfang an die irische Friedensbewegung unterstützt, dies geschah durch eine Resolution, durch Spendsammlung und längerfristig in Zusammenarbeit mit anderen Frauenverbänden.
5. Zu den Unterbezirken wurden die Kontakte durch Teilnahme des Bezirksvorstandes

an den Konferenzen der UB's gefestigt. Außerdem werden etwa 2 Bezirksausschüsse/Sitzungen pro Jahr außerhalb Braunschweigs abgehalten, dazu wird dann auch der örtliche Unterbezirksausschuß eingeladen, und dieser trägt seine Probleme, Anregungen und Erfahrungen vor.

6. Bei den Neueintritten in die SPD ist festzustellen, daß der Anteil der Frauen wesentlich gestiegen ist. Die ASF begrüßt diese Tendenz und wird sie auch weiterhin unterstützen.

Ulrike Block

Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten

Bezirkliche Juso-Arbeit hat zwei Gesichtspunkte. Zum einen bildet der Bezirk das Bindungsgefüge zur Bundes- und Landesebene und hat die Vertretung auf diesen Ebenen wahrzunehmen, zum anderen hat der Bezirk die Arbeit der Unterbezirke und Arbeitsgemeinschaften zu koordinieren, anzuregen und gegenüber den Gremien der Partei zu vertreten. In diesem kurzen Bericht soll nicht auf die vielfältigen Entwicklungen auf Bundes- und Landesebene und die Stellung des Bezirks Braunschweig dazu eingegangen werden. Der Ende 1974 gewählte Bezirksvorstand (1975 und 1977 Neuwahl des BzV) hatte es sich zur Aufgabe gemacht, soweit wie möglich die Arbeit der AGs und UBS durch Veranstaltungen, Bildungsmaßnahmen, Materialien und Besuche zu unterstützen. Schwerpunkte bei diesen Aktivitäten waren die Diskussion über die Perspektive der weiteren SPD-Arbeit (OR 85), die Jugendarbeitslosigkeit und damit verbunden die Frage der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, die Probleme um den Abbau demokratischer Rechte (Berufsverbote, Verfassungsschutz, Polizeigesetz etc.), der Wahlkampf 1976 sowie in letzter Zeit das Problem der Energieversorgung im Zusammenhang mit Wirtschaftswachstum, Wirtschaftslenkung und Vollbeschäftigung. Zwei Bereiche der Arbeit sollen hier schwerpunktmäßig dargestellt werden, wobei zu beachten ist, daß diese Bereiche zwei gleichwertige Arbeitsbereiche neben anderen sind.

a) Entwicklung der Juso-Schülerarbeit

Obwohl Jusos bislang schon immer bestimmd im Schülerbereich (Schülerzeitungen, SVen etc.) gearbeitet haben, ergab sich die Notwendigkeit der Organisierung von Juso-Schülerarbeit aus zwei Gesichtspunkten:

1. Die Erkenntnis, daß Bildungspolitik und Gesellschaftspolitik, insbesondere die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, eng zusammenhängen, erforderte den Aufbau von politischen Schülerorganisationen, die Perspektive über die schulische Wirklichkeit hinaus vermitteln können.
2. Die Effektivierung, d. h. die Koordinierung und Organisierung der Juso-Schülerarbeit war nötig, umgesichts des wachsenden Problemdruckes an den Schulen (NC, Oberstufenumform, Jugendarbeitslosigkeit etc.) sowie der Verabschiedung des nds. Schulgesetzes.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten gelang es, an vielen Orten im Bezirk Braunschweig Juso-Schülergruppen aufzubauen. Die Zusammenarbeit der Schülergruppen im Bezirk entwickelte sich positiv, ebenso wie die Zusammenarbeit mit den Schülergruppen anderer Bezirke auf Landesebene. Haupt-Schwierigkeiten der Juso-Schülergruppen ist die hohe Fluktuationenrate in den Gruppen sowie teilweise das Unverständnis gegenüber aktueller Parteipolitik (Berufsverbote, Wirtschaftspolitik, Schulreform, BaFöG).

Die erste Bewährungsprobe der Juso-Schülergruppen war der landesweit organisierte Landesschülerwahlkampf. In zahlreichen Veranstaltungen, Flugblättern, Zeitungen und Plakaten haben die Jusos für eine demokratische, an den Interessen der Schüler orientierten Landesschülerrat gekämpft und Erfolg gehabt. Die weitauß stärkste Fraktion im Landesschülerrat bilden die Jusos. Die Schüler-Unionisten (Jungunionisten) sind weit abgeschlagen mit 2 von 27 Sitzen im LSR zur Bedeutungslosigkeit zusam-

mengefallen. Auch der Vorsitzende des LSR ist ein Juso-Schüler. Wichtigste Aufgabe der Juso-Schülergruppen ist jetzt die Organisierung der LSR-Arbeit, die Bildungsarbeit sowie die inhaltliche und organisatorische Festigung der Arbeit vor Ort. Erste Ansätze hierzu sind gelegt: Die Diskussion über Perspektiven der Juso-Schülerarbeit hat im Juso-Schülerbereich breiten Raum eingenommen, die Bildungsarbeit ist ausgeweitet worden und die praktische Arbeit, wie z. B. der Kampf gegen die Verordnung über die Abschlüsse im Sekundarbereich I, wurde von den Jusos im Schülerbereich intensiv mitgetragen.

Der Bezirksvorstand der Jusos hofft, ebenso wie die Schülergruppen selber, daß die Partei insgesamt wie die SPD-Faktionen auf den verschiedenen Ebenen die Forderungen der Schüler ernsthaft aufnehmen und in die praktische Politik umsetzen. Denn Juso-Schülergruppen verstanden als Wahlkampfhelfer für die SPD wären sicher bald zur Bedeutungslosigkeit verdammt. Juso-Schülerarbeit heißt Arbeit mit und von Schülern für den demokratischen Sozialismus und nicht Arbeit zur Verteidigung jedes taktischen oder koalitionspolitischen Schwanks der SPD.

b) Entwicklung der Juso-Hochschularbeit.
Hochschularbeit der Jungsozialisten heißt Mitarbeit in den Juso-Hochschulgruppen. Bundesweit haben sich die Juso-Hochschulgruppen zur stärksten politischen Kraft an den Hochschulen entwickelt, auch im Bezirk Braunschweig (TU, PH, FHS BS/WF, TU CLZ). Die Entwicklung der Jusos zur stärksten politischen Kraft, die im Braunschweiger Bereich die ASten der TU BS, PH BS und TU CLZ alleine oder mehrheitlich stellen, geschah trotz der Politik der SPD im Hochschulbereich. Die SPD hat konservative Hochschulpolitik in weiten Bereichen mitgetragen, z.B. bei der Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes, bei Fragen der Lehrereinstellung, sowie in letzter Zeit bei der Neuregelung des BaFöG. Juso-Hochschulgruppen haben trotzdem deutlich machen können, daß der Sozialismus nur mit und in der SPD zu verwirklichen ist. Diese Position der Juso-Hochschulgruppen ist durch zwei Momente errungen: Sozialistische Perspektive hat auch im Hochschulbereich anzuknüpfen an die konkreten Interessen der Studenten und diese in gesellschaftliche Zusammenhänge, d. h. kapitalistische Bedingtheit, zu stellen. Verknüpfung von Tagesspolitik mit sozialistischer Perspektive ist das, was Juso-HSGen von anderen Hochschulgruppen und teilweise auch von der Politik der SPD unterscheidet. Und zweitens verhalten sich Jungsozialisten in Funktionen wie z. B. im AStA, in Studentenparlament oder in Hochschulgremien so, wie es studentischer Interessenvertretung entspricht: nicht gruppenorientiert, sondern auf der Basis von Juso-Positionen verbunden mit den Forderungen der Studenten; nicht mauschelnd in irgendwelchen Gremien, sondern Konflikte offenlegend und um Unterstützung der Juso-Positionen in diesen Konflikten in der Studentenschaft werbend. Der Bezirksvorstand der Jusos hat die Arbeit und Forderungen der Juso-Hochschulgruppen bisher voll inhaltlich mitgetragen und unterstützt.

Dieser kurze Überblick über zwei Arbeitsbereiche der Jusos soll nicht den Eindruck erwecken, daß die Jusos eine Schüler- und Studentenorganisation sind. Arbeitsbereiche wie Jugendarbeit, Betriebsarbeit, Kommunales etc. sind gleich wichtig und werden sicher im nächsten Berichtsheft des so häufig stattfindenden Bezirksparteitages breiter beschrieben werden.

Fritz Gautier

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen

Innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird die Gruppe der Selbständigen sicher auch weiterhin verhältnismäßig klein bleiben, wenn auch durch das Godesberger Programm bereits klar gestellt und durch das am 26. 1. 1976 durch den Parteivorstand beschlossenen Papier zur Selbständigenpolitik erhärtet worden ist, daß die SPD keine reine Arbeitnehmer- sondern eine Volkspartei ist, die auch eine politische Heimat für Selbständige aus Handel, Handwerk, Gewerbe und freien Berufen ist, wenn diese mithelfen wollen, die freiheitliche und soziale Demokratie zu verwirklichen und in der sozialen Verpflichtung wesentliches Gebot ihres unternehmerischen Handelns sehen.

Die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen ist nicht nur die älteste in der SPD, sondern durch den Parteivorstandsschluß vom 1. 2. 1975 eine der vier besonders anerkannten Bundesarbeitsgemeinschaften in der Partei. Es ist zweifellos anzuerkennen, daß der jetzige Bezirksvorstand unserer Partei den Beschlüssen des Parteivorstandes Rechnung getragen hat und die Arbeit der AGS auf Bezirksebene gefördert und unterstützt hat. Das wird auch dadurch dokumentiert, daß er den Vorsitzenden der AGS als kooperiertes Mitglied zu den Bezirksvorstandssitzungen einlädt. Es bleibt aber weiterhin anzustreben, daß Mitglieder der AGS auch auf kommunaler und auf Landesebene in Ausschüssen und beschlußfassenden Gremien tätig werden, da nur unter Beteiligung aller Gruppen unserer Partei gewährleistet ist, daß sich die Mitglieder die Beschlüsse zu eignen machen.

Innerhalb des Berichtszeitraumes hat auch die Organisation von Unterbezirksarbeitsgemeinschaften Fortschritte gemacht. So sind nacheinander in den Unterbezirken Peine, Wolfenbüttel und Helmstedt Arbeitsgemeinschaften gegründet worden. In Braunschweig wurde ein neuer Vorstand gewählt und für die Unterbezirke Gandersheim/Goslar und Salzgitter bestehen begründete Aussichten, daß in nächster Zeit auch hier die Mitglieder einer Arbeitsgemeinschaft gründen.

Die vier Bezirksarbeitsgemeinschaften in Niedersachsen haben sich auf Landesebene im vorigen Jahr zu einem Landesarbeitsausschuß der AGS zusammengeschlossen, um ihre Interessen auch auf dieser Ebene besser vertreten zu können und einen besseren Kontakt zur Landtagstraktion unserer Partei zu ermöglichen. Ihm gehören aus unserem Bezirk die Genossen Strübing, Usbeck und Wilde an. Diesem Umstand ist es zu verdanken, daß der Genosse Strübing in den Arbeitskreis Arbeitsmarktpolitik und berufliche Bildung auf Landesebene berufen und der Genosse Wilde zum Mitglied des Bundesvorstandes der AGS gewählt worden ist.

Bei der Neuwahl des Bezirksvorstandes der AGS im Sommer 1976 wurde eine Beteiligung aller Unterbezirke angestrebt. Er setzt sich nun wie folgt zusammen:

1. Vorsitzender: Achim Strübing, Braunschweig
Stellv. Vorsitzende: Ernst Kühne, Denkte
Erich Usbeck, Grasleben
Beisitzer: Heinz Hohendorff, Braunschweig

Wilma Strübing-Vorderwisch, Braunschweig
Achim Uhde, Braunschweig
Gerd Wilde, Peine

Dieser Vorstand ist weiterhin bemüht, die Kontakte zur Wirtschaft, zu den Kammern und Verbänden im hiesigen Raum zu verbessern, um eine Verständnisbereitschaft für die Probleme der einzelnen Gesellschaftsgruppen zu erreichen und die Möglichkeit zur Diskussion miteinander zu schaffen. Er wird sich aber auch im Rahmen der Möglichkeiten und in den Gremien, in denen er tätig ist, dafür einsetzen, daß die Grundsätze und Ziele der Selbständigenpolitik unserer Partei ihre Verwirklichung finden.

Achim Strübing

Arbeitsgemeinschaft **Sozialdemokratischer Lehrer**

1. Bezirk Braunschweig
2. 7 Unterbezirke (Braunschweig, Helmstedt, Wolfenbüttel, Peine, Salzgitter, Gandersheim, Goslar)
3. Zahl der vom AsL-Bezirk veranstalteten Wahlkampfveranstaltungen: 3 (2 mit dem Kulturpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion und ehemaligen Kultusminister Mahrenholz, 1 mit dem Bundestagskandidaten Kühlbacher)
4. Zahl der Wahlkampfveranstaltungen, an denen die AsL beteiligt war: 1 (Bundesminister Rönne).
5. Zahl der Wahlkampfveranstaltungen, die vom AsL-Unterbezirk veranstaltet wurden:
keine
6. Veranstaltungen der AsL im Wahlkampf mit Bundesprominenz: siehe Nr. 4
7. Schwerpunkte der Arbeit:
Schulpolitische Konsequenzen nach dem Regierungswechsel in Niedersachsen
Fragen der Schüler- und Elternvertretung
Konkretisierung des Niedersächsischen Schulgesetzes
Schulformunabhängige Orientierungsstufe
Integrierte Gesamtschule
Hauptschule – Sekundarabschlüsse I – 10. Schuljahr
8. Probleme: keine
9. Verbesserungsvorschläge: keine

Albert Rümenapf

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen

Die Arbeit der ASJ stand in den letzten beiden Jahren vornehmlich im Zeichen der Abwehr von Angriffen auf den freiheitlichen Rechtsstaat und ebenso im Zeichen des Ausbaues des sozialen Rechtsstaats. Da die Terrorwelle des Jahres 1975 nicht nur berechtigte Abwehrmaßnahmen auslöste, sondern zu Überreaktionen führte, die die Errungenschaften der sozialdemokratischen Rechtspolitik bedrohten, wurde die Aktivität des Vorstandes stark durch die Aufgabe beansprucht, Partei und Öffentlichkeit auf die daraus dem Rechststaat drohenden Gefahren aufmerksam zu machen. Mehrere Entschlüsse wendeten sich gegen die Auswüchse der Antiterroristen-Gesetze und insbesondere gegen die geplante Überwachung der Verteidiger. Ferner wurde der Musterentwurf der Innenministerkonferenz für ein einheitliches Polizeirecht kritischer Analyse unterzogen, ebenso die Handhabung des sog. Extremistenlasses der Ministerpräsidenten. Die ASJ forderte ein einheitliches öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis für die Ausbildung des Juristen, das den verbeamteten juristischen Verteidigungsdienst ablösen soll, und wandte sich gegen die Verabschließung des niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes. Beim Ausbau des sozialen Rechtsstaates galt das Augenmerk der ASJ der öffentlichen Rechtsberatung, der Chancengleichheit beim Zugang zum Gericht und ganz besonders dem Verbraucherschutz, wobei mit der ASF und der Verbraucherzentrale Niedersachsen Verbindung aufgenommen wurde. Unter den zahlreichen Aktivitäten auf dem letzteren Gebiet verdient besondere Hervorhebung eine öffentliche Podiumsdiskussion, die gemeinsam mit der ASF und unter Beteiligung des DGB, der Industrie- und Handelskammer und von Vertretern der im niedersächsischen Landtag vertretenen Parteien veranstaltet wurde. Großen Widerhall in der Öffentlichkeit fand die Kritik der ASJ an der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Fristenlösung.

Die ASJ Braunschweig arbeitete auch an den langfristigen Programmen mit, die die ASJ auf Bundesebene beschlossen vorgelegt hat, dem Kriminalpolitischen Programm der ASJ und den ASJ-Leitsätzen zur Verwaltungspolitik. Arbeitsgruppen arbeiten für beide Programme Teilentwürfe und Stellungnahmen aus. Erleichtert wurde die Mitarbeit an den Aufgaben der Bundes-ASJ durch den Umstand, daß der Vorsitzende der Bezirksgemeinschaft zugleich ASJ-Bundesvorsitzender ist. Im ASJ-Bundesausschuß wurde die ASJ Braunschweig während der Berichtszeit durch Dr. Hubertus Tetzlaff vertreten. In den Unterbezirksausschuß Braunschweig hat die ASJ Hartmut Awe entsandt.

Der Vorschlag der ASJ, dem hohen Stellenwert des Problems Kriminalpolitik/Innere Sicherheit durch verstärkte Aufklärungsarbeit auch innerhalb der Partei Rechnung zu tragen, wurde vom Bezirksvorstand der SPD in der Weise aufgegriffen, daß ein Sicherheitspolitischer Ausschuß gebildet wurde, der sich zugleich den Problemkreisen der äußeren Sicherheit (Verteidigungspolitik) und der inneren Sicherheit (Polizei, Justiz)

widmet. Da die Kriminalitätsfurcht in der Bevölkerung – die sog. subjektive Kriminalität – weit höher ist als die objektive Belastung, haben ASJ-Vorstandsmitglieder in den Medien – insbesondere Fernsehen und Rundfunk, gelegentlich auch in der lokalen, oft in der überregionalen Presse – sowie auf Veranstaltungen auch anderer Organisationen und Arbeitskreise aufklärend gewirkt und die Methoden und Erfolge der sozialdemokratischen Kriminalpolitik verdeutlicht.

In den Mitgliederversammlungen der ASJ wurde zunehmend die Tendenz zur Verjüngung deutlich, die ASJ in letzter Zeit insbesondere durch die Aktivität von Referenten erfahren hat. Die Zahl der Teilnehmer an den Versammlungen ist dadurch gestiegen. Von der satzungsgemäßen Möglichkeit, auch Nichtmitglieder der SPD zur Mitarbeit zuzulassen, wurde Gebrauch gemacht. Verstärkt arbeiten auch Mitglieder der SPD mit, die kein juristisches Studium absolviert haben, aber sich von Berufs wegen mit Rechtsfragen beschäftigen oder durch ihre politischen Funktionen Sachkunde für Rechts-, Justiz- und Verwaltungspolitik besitzen. Dies entspricht dem Selbstverständnis der ASJ, die keine Standesorganisation sein will, sondern sich als Arbeitsgemeinschaft für Rechts- und Verwaltungspolitik versteht, zu der alle im Rechtsbereich Tätigen Zugang haben. Die Prozesse der Integration und Konfrontation, die diese Veränderungen mitsiehtbringen, spiegelten sich in der Kritik an der Rechtspolitik der Landesregierung, solange sie sozialdemokratisch geführt wurde, und in inneren Auseinandersetzungen wider.

Während der Berichtszeit sind aus dem Vorstand die Genossen Bruns, Schäfer, Staeter und Vultejus ausgeschieden. Zur Zeit gehören ihm auf Grund der Wahlen vom 21. 9. 76 die Genossen Wassermann (Vorsitzender), Awe und Breymann (stellvertretende Vorsitzende) sowie Betschall, Klees, Metzing und Dr. Tetzlaff (Beisitzer) an.

Rudolf Wassermann

Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses

Rentenversicherungspflicht, Rehabilitationshilfen nach der Entlassung aus der Haftanstalt besprochen.

4. Sozialstationen

Nach einem Einführungsreferat des Gen. Dr. Fritz Riege, MdL, berät der Ausschuß Grundsatzfragen bezüglich der Einführung von Sozialstationen.

Es wird ein Grundsatzpapier beraten und beschlossen, das in Einzelabschnitten die Vorstellungen des sozialpol. Ausschusses zur Einrichtung von Sozialstationen in Niedersachsen enthält. Entgegen der Absicht der CDU, das ganze Land Niedersachsen nach einem starren Schema mit genormten Sozialstationen zu überziehen, schlägt der Ausschuß vor, anhand von Modellversuchen in unterschiedlichen Gemeindestrukturen in Niedersachsen die besten Organisationsformen für die Bündelung von sozialen Diensten zu erproben.

Daneben müssen von den zur Verfügung stehenden Landesmitteln für den Neubau von Sozialstationen größere Summen zur Erhaltung von Gemeindeschwesternstationen abgezweigt werden, da aufgrund der Kostensteigerungen die Zahl der Gemeindeschwesternstationen rapide zurückgeht.

Entgegen der Ansicht der CDU, in Sozialstationen grundsätzlich keine Beratungsdienste einzubinden, ist der Sozialausschuß der Auffassung, daß Beratungsdienste auf jeden Fall in den Modelfällen miteinbezogen werden sollen.

5. SPD-Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Durchführung eines straffreien Schwangerschaftsabbruchs

Das Gesetz zielt im Kern darauf ab, eindeutige Rechtsgrundlagen über die Zuständigkeiten und Anerkennungsverfahren für beratende Ärzte und Beratungsstellen zu schaffen.

Dabei sollten Beratungsstellen so weit wie möglich keine Behörden sein, da anderthalb eindeutiger Untersuchungen nachweisbar ist, daß bei den Betroffenen eine gewisse Behördendangst vorhanden ist, die soweit geht, daß auf eine Beratung verzichtet wird.

Gute Erfahrungen wurden mit den Beratungsstellen vom „pro familia“ gemacht. Die Einrichtung solcher Beratungsstellen sollte nach Auffassung des Ausschusses vornehmlich gefördert werden.

6. Förderrichtlinien für die Einrichtung von Sozialstationen

Der Ausschuß berät anhand des Entwurfs des Niedersächsischen Sozialministers betr. Förderung von Sozialstationen.

Der Ausschuß stellt fest, daß entsprechend dieser Förderrichtlinien sowohl für die Kommunen sowie für die Träger enorme Kostenbelastungen entstehen. Vollig unklar ist z. Zt. die Beteiligung der Sozialversicherungsträger und der Krankenkassen. Schätzungsweise werden die Kosten für eine durchschnittliche Sozialstation (5½ hauptamtl. Kräfte) zwischen 250 000 bis 300 000 DM betragen, von denen das Land ca. 50 000 DM übernehmen würde.

Der sozialpolitische Ausschuß konstituierte sich am 16. 6. 1975. Er setzt sich wie folgt zusammen:

Erwin Reinholz, Vorsitzender, Peine
Bruno Jacobs, Stellvertreter, Braunschweig

Hans-Jürgen Bellinskies, 3151 Peine-Vöhrum; Werner Borchert, 3305 Sickte, OT Neu Erkerode; Wilhelm Bornmüller, 3380 Goslar 1; Karl Brosien, 3300 Braunschweig; Georg Dummer, 3320 Salzgitter 1; Willi Edler, 3300 Braunschweig; Otto Franz, 3150 Peine; Enni Grevecke, 3300 Braunschweig; Horst Kniep, 3339 Jerxheim; Hans Müller, 3380 Goslar; Joachim Pedroß, 3370 Seesen 16; Dietrich Puchert, 3300 Braunschweig; Rudolf Quitté, 3340 Wolfenbüttel; Siegfried Schalk, 3320 Salzgitter 51; Erhard Urbansky, 3340 Wolfenbüttel; Armin Witke, 3300 Braunschweig.

Der Arbeitskreis hat in der Berichtszeit 6 Sitzungen durchgeführt, und dabei u. a. folgende Themen behandelt:

1. Vorstationäre Diagnostik

Der Ausschuß war der Auffassung, Einrichtungen einer vorstationären Diagnostik grundsätzlich zuzustimmen, das hiermit erhebliche Kosten einsparungen im Gesundheitswesen möglich sein können. Eine entsprechende Entscheidung wurde verabschiedet.

2. Besichtigung des Gesundheitszentrums bei P + S, Werk 2 Peine

Der Ausschuß orientierte sich an Ort und Stelle über die Aufgaben und Wirkungsweise eines modernen betrieblichen Gesundheitszentrums.
Besondere Beratungspunkte waren:

a) Unfall- und Rettungswesen

b) Werksärztliche Untersuchungen nach dem Gesetz über den werksärztl. Dienst

c) Therapie-Maßnahmen im Gesundheitszentrum (Bäder, Massagen, Bestrahlungen usw.)

3. Besuch der Strafanstalt Wolfenbüttel

Der Ausschuß besuchte die Strafanstalt Wolfenbüttel. Der Besuch sollte dazu beitragen, einen dem Ausschuß überwiesenen Antrag abschließend zu behandeln, in dem gefordert wurde, daß Strafgefangene während ihrer Unterbringung in Vollzugsanstalten in der allgemeinen Sozialversicherung verbleiben.

Während des Besuches kommt es zu längeren Diskussionen mit den Gefangenen. Hierbei werden besonders Fragen der Produktionsarbeit in der Haft,

Damit die SPD-Räte in den Gemeinden, Kreisen und Städten über die Finanzprobleme unterrichtet werden, die nach diesen Förderrichtlinien in den Kommunen entstehen können, wird der Bezirk gebeten, allen vorgenannten SPD-Fraktionen im SPD-Bezirk Braunschweig den Text der Förderrichtlinien zuzusenden.

In der Berichtszeit wurden vier Pressekonferenzen durchgeführt, und eine Entscheidung bezüglich Sozialstationen über den Bezirks-Vorstand an die SPD-Landtagsfraktion gerichtet.

In der März-Sitzung des Ausschusses, die in Seesen durchgeführt werden soll, werden Anträge an den Bezirksvorstand für den Bezirksparteitag sowie die bevorstehende gesetzliche Regelung der Sanierung der Rentenversicherung beraten werden.

Erwin Reinholz

Bericht des Sportbeirates

für die Zeit von 1975 bis 1977

Walter Schmidl, (1. Vorsitzender) 3300 Braunschweig
Peter Kopischke, (Stellvertreter) 3370 Seesen

Sepp Abrameit, 3392 Clausthal-Zellerfeld; Kurt Blut, 3300 Braunschweig; Horst Bothe, 3340 Wolfenbüttel, H. Dieter Buchwald, 3321 Salzgitter; Georg Eisenbeis, 3300 Braunschweig; Detlev Gleichfeld, 3320 Salzgitter 1; Georg Hahn, 3306 Lehre 1; Richard Henzel, 3300 Braunschweig; Kurt Hoffmeister, 3300 Braunschweig; Kurt Klay, 3372 Lutter a. Eбge; Josef Koller, 3153 Lahstedt 2; Ernst Kurbjuweit, 3320 Salzgitter 21; Enno Menz, 3150 Peine; Karl Müller, 3300 Braunschweig; Wolfgang von Ohlen, 3300 Braunschweig; Karl Salzmann, 3388 Bad Harzburg 3; Willi Staske, 3300 Braunschweig; Hans Tichi, 3340 Wolfenbüttel; Georg Weber, 3300 Braunschweig; Bernhard Wendel, 3389 Braunschweig; Hans Wenzel, 3300 Braunschweig; Peter Winschewski, 3334 Sppingen.

In der Erkenntnis, daß der Sport in unserer Zeit alle Lebensbereiche der Bürger, sowie die außen- und innenpolitische Entwicklung unseres Landes berührt, hat die SPD schon sehr frühzeitig in ihren sportpolitischen Leitsätzen auf die übertragende gesellschaftspolitische Bedeutung des Sports hingewiesen.

Auf den Verwaltungsbezirk Braunschweig bezogen, gehören dem Bezirkssportbund jetzt etwa 190 000 Mitglieder an. Von diesen sind ca. 80 000 Jugendliche unter 18 Jahren. Mit dieser Größenordnung ist im Bezirk der Sportbund zahlenmäßig die grte Massenorganisation und damit in Fragen der Gesellschafts-, Gesundheits- und Jugendpolitik als wichtige Einrichtung zu sehen, die der Förderung der öffentlichen Hand bedarf.

In der zurückliegenden Berichtszeit ist der Beirat wiederholt zusammengekommen und erarbeitete sportfördernde Initiativen, die an die zuständigen Stellen als Anregungen weitergeleitet wurden.

Im Mai 1976 führte der Beirat in Braunschweig eine umfassende Besichtigung verschiedenster moderner Sportstätten durch, die den Beiratsmitgliedern aus den Unterbezirken interessante Vergleichsmöglichkeiten mit in ihren Bereichen neu geschaffenen Sportstätten gegeben haben. Die Veranstaltung fand eine positive Presse.

Es erweist sich immer wieder als erforderlich, daß wir als Sozialdemokratische Partei dieser großen Organisation des Sports bei der Durchführung ihrer Aufgaben verstärkte unsere Hilfe zu geben haben. Besonders aber auch dann, wenn wir wissen, daß die sportliche Betreuung dieser vielen Sportler und Sportlerinnen im Rahmen des Vereins sports nur über die aktive Mitarbeit mehrerer tausend ehrenamtlich tätiger Übungsleiter und Organisationsfunktionäre möglich ist, die ihrerseits jede Hilfe, als Anerkennung ihrer Bemühungen, dankbar vermerken.

Gegenstand der Beratungen des Beirates waren des öfteren auch Fragen des Schul-

spor tes. Hier sind noch nicht überall befriedigende Verhältnisse erzielt worden. Im Verwaltungsbezirk Braunschweig sind zwar vielerorts hervorragende Schulsportanlagen mit Hilfe des Landes und der Kommunen geschaffen worden, aber leider stehen der Schuljugend zur schulsportlichen Betätigung noch nicht entsprechend genügend Sportstunden, dies besonders in den Berufsschulen, zur Verfügung.

Es ist ein dringendes Anliegen des Vereinssportes, daß die Sportstätten der Schulen der Allgemeinheit, bzw. dem Vereinssport, noch mehr als bisher zur Verfügung gestellt werden.

Der Sportbeirat begrüßt die Sportförderung des Bundes durch das Zonenrandprogramm, sowie auch in der am 1. 1. 1977 rechtmärsig gewordenen Abgabebenordnung. Die Abgabebenordnung bringt den Amateursportvereinen in der Frage steuerlicher Abgaben wesentliche Entlastungen.

Die Benachteiligung des Sports im Haushalt des Landes für 1977 zeigt wieder einmal mehr, daß die Toto- und Lottomittel, die dem Sport zu einem bestimmten Prozentsatz gesetzlich zugesichert sind, zur Zeit jedoch einer Sperre unterliegen, wieder freigegeben werden sollten. Eine solche Freigabe würden den Sportvereinen die Abhängigkeit von dem unterschiedlichen Umfang der Haushaltsumittel des Landes ersparen.

Nur wenn der Vereinssport mit einer ständigen und seinen Aufgaben angemessenen Förderung seitens der öffentlichen Hand rechnen kann, ist er in der Lage, seine so wichtigen Aufgaben im Rahmen eines erfolgreichen Freizeit-, Breiten- und Leistungssportes zu erfüllen.

Der Beirat wird weiter bemüht sein, im Sinne unserer sportpolitischen Leitsätze, den Sport in seiner gesellschaftlichen Bedeutung darzustellen und ihm nach Möglichkeit behilflich zu sein.

Allen Mitarbeitern des Sportbeirates gilt mein Dank.

Walter Schmidt

Bericht des kommunalpolitischen Ausschusses

Hier sind noch nicht überall befriedigende Verhältnisse erzielt worden. Im Verwaltungsbezirk Braunschweig sind zwar vielerorts hervorragende Schulsportanlagen mit Hilfe des Landes und der Kommunen geschaffen worden, aber leider stehen der Schuljugend zur schulsportlichen Betätigung noch nicht entsprechend genügend Sportstunden, dies besonders in den Berufsschulen, zur Verfügung.

Es ist ein dringendes Anliegen des Vereinssportes, daß die Sportstätten der Schulen der Allgemeinheit, bzw. dem Vereinssport, noch mehr als bisher zur Verfügung gestellt werden.

Der Sportbeirat begrüßt die Sportförderung des Bundes durch das Zonenrandprogramm, sowie auch in der am 1. 1. 1977 rechtmärsig gewordenen Abgabebenordnung. Die Abgabebenordnung bringt den Amateursportvereinen in der Frage steuerlicher Ab-

gaben wesentliche Entlastungen.

Die Benachteiligung des Sports im Haushalt des Landes für 1977 zeigt wieder einmal mehr, daß die Toto- und Lottomittel, die dem Sport zu einem bestimmten Prozentsatz gesetzlich zugesichert sind, zur Zeit jedoch einer Sperre unterliegen, wieder freigegeben werden sollten. Eine solche Freigabe würden den Sportvereinen die Abhängigkeit von dem unterschiedlichen Umfang der Haushaltsumittel des Landes ersparen.

Nur wenn der Vereinssport mit einer ständigen und seinen Aufgaben angemessenen Förderung seitens der öffentlichen Hand rechnen kann, ist er in der Lage, seine so wichtigen Aufgaben im Rahmen eines erfolgreichen Freizeit-, Breiten- und Leistungs-

sportes zu erfüllen.

Der Beirat wird weiter bemüht sein, im Sinne unserer sportpolitischen Leitsätze, den Sport in seiner gesellschaftlichen Bedeutung darzustellen und ihm nach Möglichkeit behilflich zu sein.

All den Mitarbeitern des Sportbeirates gilt mein Dank.

Walter Schmidt

Helmut Bosse, (Vorsitzender) 3307 Schöppenstedt
Dr. Jürgen Linde, (Stellvertreter) 3392 Clausthal-Zellerfeld

Dr. Dieter Henzke, 3330 Helmstedt; Gert Metell, 3320 Salzgitter 1; Hartmut Koneffke, 3340 Wolfenbüttel; Wilfried Klebe, 3300 Braunschweig; Manfred Fesditschek, 3300 Braunschweig; Gerhard Böhme, 3350 Kreiensen; Karl Harre, 3392 Clausthal-Zellerfeld; Peter Kopischke, 3370 Seesen; Fritz Jäger, 3332 Grasleben; Rolf-Dieter Backhaus, 3338 Schöningen; Gerhard Wilde, 3150 Peine; Hans-Günter Nasdala, 3150 Peine; Ekkehard Lohoff, 3320 Salzgitter 1; Hermann Kecker, 3320 Salzgitter 1; Jörg Gerike, 3305 Sickte; Friedrich-Wilhelm Kniep, 3341 Hudeper;

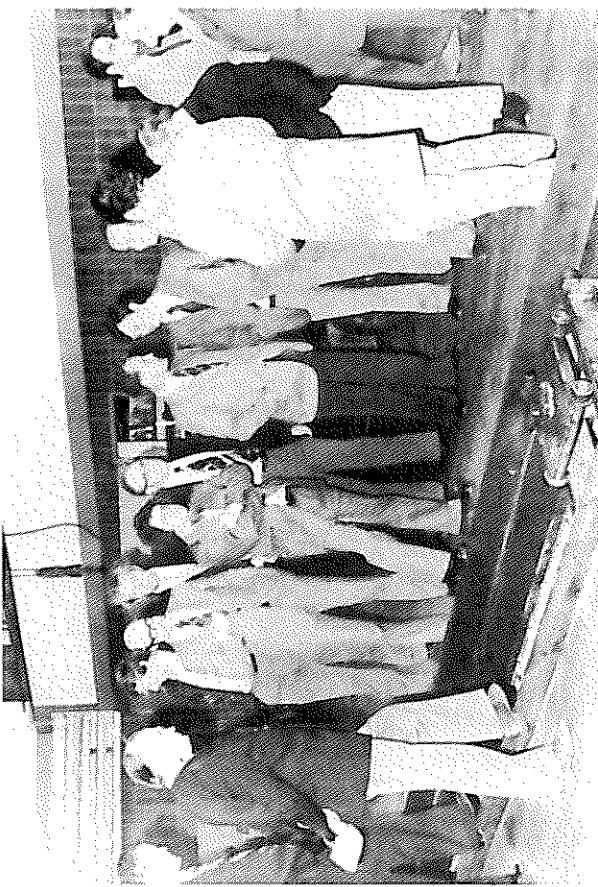
Im Berichtszeitraum haben 7 Zusammenkünfte und Veranstaltungen des kommunalpolitischen Ausschusses stattgefunden.

Am 2. Mai 1975 waren die Mitglieder des kommunalpolitischen Ausschusses im Landkreis Peine, zusammengekommen.

Der Beirat wird weiter bemüht sein, im Sinne unserer sportpolitischen Leitsätze, den Sport in seiner gesellschaftlichen Bedeutung darzustellen und ihm nach Möglichkeit behilflich zu sein.

All den Mitarbeitern des Sportbeirates gilt mein Dank.

Walter Schmidt



Der kommunalpolitische Ausschuß bei einer Besichtigung im Landkreis Peine

Nach einer Besichtigung des Betriebshofes des Landkreises Peine beschäftigte sich der Ausschuß mit dem Entwurf des Kommunalen Grundsatzprogramms der SPD.

Ein weiteres Thema war die Schulentwicklungsplanung im Verwaltungsbezirk Braunschweig sowie die Frage, ob eine künftige Müllverbrennung auf den Großraumverband Braunschweig, als Träger übergeben werden sollte. Dann befaßte sich der Ausschuß mit der Neueinteilung der Amtsgerichtsbezirke im Oberlandesgerichtsbezirk Braunschweig.

Zu allen Tagesordnungspunkten wurden dem Bezirksvorstand Beschlußvorschläge un-

Zu allen Tagesordnungspunkten wurden dem Bezirksvorstand Beschlüsse vorgenommen.

Die 2. Sitzung fand am 6. 6. 1975 in Clausthal-Zellerfeld statt.
Erneut behandelt wurde das Kommunale Grundsatzprogramm der SPD, wobei der Ausschuss sich insbesondere mit der inneren Sicherheit, soweit der kommunale Bereich berührt ist, befasste. Weiter wurden folgende Punkte erörtert und hierzu Beschlussschäfte erarbeitet, die dem Bezirksvorstand zugeleitet wurden:

- Dauer der Amtsperiode der kommunalen Wahlbeamten
- Öffentlichkeit der Ausschuß-Sitzungen der Räte und Kreistage
- Vereinheitlichung des kommunalen Verfassungsrechts in der Bundesrepublik Deutschland

Eingehend wurde der Entwurf eines 8. Gesetzes zur Verwaltungs- und Gebietsreform in Niedersachsen, unter besonderer Berücksichtigung der kommunalen Gebietskörperschaften im Verwaltungsbezirk Braunschweig, diskutiert.

Noch einmal beschäftigte sich der Ausschuß mit Fragen der Schulentwicklungsplanung

Zur 3. Sitzung war zum 29. August 1975 nach Schöppenstedt eingeladen worden. In dieser Sitzung befürte sich der Ausschuß eingehend mit der Frage, ob den Städten Peine und Wolfenbüttel der Status einer großen selbständigen Stadt verliehen werden sollte und ob der Ausschuß hierzu Initiativen entwickeln könne. Hiervom hat der Aus-

Die zu diesem Zeitpunkt aktuelle Frage der Einführung eines Bürgerentscheides wurde erörtert und vom Ausschuß dem Bezirksvorstand empfohlen, einen solchen Bürger-

Drittes Thema dieser Sitzung war der Lehrermangel.
In Schöningen fand am 24. Oktober 1975 die 4. Sitzung des kommunalpolitischen Ausschusses statt.

Beherrschendes Thema war erneut das 8. Gesetz zur Verwaltungs- und Gebietsreform in Niedersachsen. Mit den sich daraus gegebenen Konsequenzen für

Erneut befaßte sich der Ausschuß mit der Vorbereitung der Kommunalwahl 1976.

Am 30. Januar 1976 traf sich die Kommission zu ihrer 5. Sitzung in Bad Harzburg.

Stand der Beratungen der Sachverständigenkommission zur Fortentwicklung des Niedersächsischen kommunalen Verfassungsrechts. Eine ausgedehnte Debatte schloß sich diesem Bericht an. Die von den SPD-Kommissionsmitgliedern in die Kommissionsarbeit eingebrachten Vorschläge wurden vom kommunalpolitischen Ausschuß begrüßt.

Nach Braunschweig war der Ausschuß am 8. Dezember 1976 zu seiner 6. Sitzung eingeladen

For a detailed description of the methods used in this study, see the *Supplementary Information*.

lig am 3. Oktober 1976 stattgefundenen Bundestagswahl, wurde von den Mitgliedern des Ausschusses auch aus der jeweils örtlichen Sicht diskutiert. Auf eine eingehende Darstellung der Ergebnisse dieser Wahl wird hier bewußt verzichtet, da dies die einzelnen Interessen bei ihren Unterheiratsverhandlungen un-

Notwendig war erneut eine Aussprache über das 8. Gesetz zur Verwaltungs- und Ge- bietsreform, in der die Mitglieder des Ausschusses die Positionen ihrer hemmlichen Unterbezirke darlegten.

Ferner beschäftigte sich der Ausschuß mit dem Fortgang der Beratungen der Sachverständigenkommission für die Fortentwicklung des Niedersächsischen kommunalen

Auf Beschluss des Landesausschusses war ein kommunalpolitischer Beirat beim Landesausschuss Niedersachsen der SPD gebildet worden. Über das vom Beirat aufgestellte Vorschlagspapier wurde beraten.

Die in diesem Zusammenhang erörterte Frage, ob durch die Bildung eines kommunalpolitischen Beirates beim Landesausschuß Niedersachsen u. a. auch der kommunale Arbeitsprogramm wurde in dieser Sitzung berichtet.

Nationalpolitischer Ausschuß des Bezirks Braunschweig entfallen sollte, wurde vom Ausschluß der ihm bestehende. Dieser Wunsch des Ausschusses wurde dem Bezirksvorstand vorgelegt.

Zur von der CDU/FDP-Koalition beabsichtigten Auflösung des Verbandes Großraum Braunschweig erklärte der kommunalpolitische Ausschuß ein entschiedenes Nein.

Zusammen mit dem kommunalpolitischen Beirat beim Landesausschuß hatte der kommunalpolitische Ausschuß des Bezirks zum 23. Februar 1977 die im Rahmen einer kleinen Versammlung unserer Partei in das Braunschweiger Schützenhaus einberufenen Man-

Über das Thema „Die Koalitionsvereinbarungen der CDU/FDP-Landesregierung“ reagierten das Vorstandes des Kommunalpolitischen Ausschusses

Zum Thema „Die Auswirkungen der Finanzpolitik der Niedersächsischen Landesregierung auf Städte und Gemeinden“ sprach der Vorsitzende des Arbeitskreises Innen-

Der Genosse Horst Milde, Vorsitzender des Kommunalpolitischen Beirates beim Landesausschuß Niedersachsen der SPD, hält das Thema „Die zukünftige Arbeit der Landesregierung“ für ein wichtiges Thema.

An dieser Veröffentlichung nehmen ca. 1000 Kommunen und Gemeinden teil.

Zu allen Sitzungen des kommunalpolitischen Ausschusses waren die örtlichen Mandatsträger unserer Partei sowie die Ortsvereinsvorsitzenden eingeladen. Hierbei hatten sie Gelegenheit, dem Ausschuß die kommunalen Probleme und Wünsche ihrer Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise vorzutragen.

In der Regel war die Presse nach den Sitzungen zu einer Pressekonferenz eingeladen, oder es wurden Presseerklärungen über Verlauf und Ergebnis der Ausschußberatungen herausgegeben.

An den kommunalpolitischen Bundeskonferenzen 1974 in Nürnberg und 1977 in Frankfurt haben Delegierte des Bezirks Braunschweig teilgenommen.

Anmerkung:

Der große zeitliche Abstand zwischen der fünften und sechsten Zusammenkunft des Ausschusses vom 30. Januar 1976 bis zum 8. Dezember 1976 ist durch die Ministerpräsidentenwahlen im Niedersächsischen Landtag von Januar und Februar 1976 sowie durch die starke Inanspruchnahme der Mitglieder des kommunalpolitischen Ausschusses für die Vorbereitung und den Wahlkampf zur Kommunalwahl am 3. Oktober 1976 entstanden.

Allen Mitgliedern des kommunalpolitischen Ausschusses sage ich Dank für ihre Arbeit.

Heimuth Bosse

Bericht des gesundheitspolitischen Ausschusses

Rolf Ballof, (Vorsitzender), 3370 Seesen

Dr. Helmut Trautisen (Stellvertreter), 3341 Hedeper

Dr. med. Wolfgang Hesse, 3370 Seesen; Horst Peterit, 3300 Braunschweig; Günter Lorch, 3320 Salzgitter 1; Dr. Sigrid Vollbrecht, 3301 Weddel; Wilfried Klebe, 3300 Braunschweig; Beatrix Paul, 3380 Goslar; Rudolf Altenhoff, 3330 Helmstedt; Gustav Uhde, 3307 Königslutter; Gerhard Helwig, 3151 Peine-Handorf; Hans Brecht, 3153 Lahstedt; 5; Willi Fricke, 3320 Salzgitter 51; Joachim Müller, 3320 Salzgitter 1; Dr. Hans Otten, 3340 Wolfenbüttel.

Im Berichtszeitraum bestand der gesundheitspolitische Ausschuß in der vom Bezirksvorstand am 20. 11. 1973 eingerichteten Form. Die personelle Fluktuation war außerordentlich gering.

Drei Aufgabenbereiche waren durch die Arbeit der Ausschußmitglieder abzudecken:

1. Einflußnahme durch Beratung der Vorlagen der gesundheitspolitischen Kommission beim Parteivorstand.
2. Einflußnahme durch Beratung der Vorlagen der gesundheitspolitischen Kommission beim Landesausschuß der SPD Niedersachsen.
3. Beratung und Empfehlung an den Bezirksvorstand und Gedankenaustausch zwischen den in den Unterbezirken des Bezirks arbeitenden Mitgliedern des Ausschusses.

Zu 1. Das Mitglied der gesundheitspolitischen Kommission beim Parteivorstand wurde von dem Ausschuß bei seiner Arbeit am Langzeitprogramm und an den gesundheitspolitischen Leitsätzen intensiv beraten. Diese Arbeit fand ihren Abschluß jedoch ohne Verabschiedung der gesundheitspolitischen Leitsätze, durch den gesundheitspolitischen Kongress im Mai 1976 in Gelsenkirchen.

Zu 2. Die Mitglieder der gesundheitspolitischen Kommission beim Landesausschuß, Günter Lorch und Rolf Ballof, erhielten durch Beratung ihrer Vorlagen im Ausschuß sehr wertvolle Hilfe für die Arbeit in Hannover. Vollendet wurde die Beratung beim Psych. K.G., stecken blieb die Arbeit beim Krankenhausstrukturgesetz durch den „Regierungswechsel“ in Hannover. Unverständlicherweise löste der Landesausschuß die Kommission gerade zu Beginn der Oppositionszeit, in der solche Kommissionsarbeit nach unserer Meinung viel wichtiger ist, auf.

Zu 3. Wenig Raum blieb für diese Arbeit. Weitgehend durchdiskutiert wurde die Arbeit der Gesundheitsämter, wobei der Ausschuß der Kommunalisierung der Gesundheitsämter den Vorrang vor anderen Lösungen gab. Während der Wahlkampf- und Regierungsbildungszeit tagte der Ausschuß wegen anderweitigen Verpflichtungen seiner Mitglieder nicht.

Rolf Ballof

Bericht des Sicherheitspolitischen Ausschusses

grenzdienstes am Kontrollpunkt Helmstedt – bei dem sich keine Probleme zeigten – der Besuch des BGS, der Feuerwehr und der Bundeswehr vorgesehen. Der Besuch beim BGS in Goslar fand am 9. 3. statt. Der stellv. Kdr. zeigte Probleme auf, die sich aus der Aufgabenstellung des BGS einmal an der IDG zum anderen als Bundespolizei im Einsatz zur Unterstützung der Ländereipolizei stellen. Der Besuch endete mit der Besichtigung des Grenzübersichtspunktes Eckerthal.

Bei dem Besuch der Feuerwehr am 24. 3. stellte sich die Berufsfeuerwehr Salzgitter-Lebenstedt in Lebenstedt vor. Der Branddirektor gab eine Einweisung in die Organisation der Berufs- sowie Freiwillige Feuerwehr der Ortsteile. Ein Problem bereitet der Feuerwehr der Einsatz der älteren Feuerwehrmänner in ihren Funktionen. Der letzte Besuch des Ausschusses galt der Bundeswehr. Am 10. 6. konnte dem im Biwak liegenden Panzergrenadierbataillon 23 auf dem Truppenübungsplatz Bergen ein Besuch abgesetzt werden.

Hier konnte ein Tag- und Nachtschießen des Schützenpanzers Marder sowie das Tierwaten besichtigt werden. Das anschließende Gespräch mit dem Brigadekommandeur Oberst v. Erdmannsdorf sowie den Offz., Uffz. und Mannschaften bei dem auch Klaus-Dieter Kühbacher, MdB., teilnahm, gilt einmal der Problematik des Haushaltsgesetzes, hier insbesondere der Besoldung der Zeitsoldaten mit einer Verpflichtungszeit von 2 Jahren, aus denen der Nachwuchs der Uffz. sich rekrutiert. Seit Inkrafttreten ist eine spürbare Rückgang der Weiterverpflichtungen eingetreten, was zur Auszehrung des Uffzkorps führt. Dieses Problem ist auch inzwischen erkannt und soll demnächst wieder rückgängig gemacht werden.

Mit der Schilderung dieses Besuchs soll die Berichterstattung abschließen.

Der Ausschuß hat versucht, sich mit der Problematik alter für die innere sowie äußere Sicherheit zuständigen Institutionen vertraut zu machen und hieraus Anregungen, Hinweise sowie Vorschläge an den Bezirksvorstand bzw. MdL's sowie MdB's heranzutragen.

Für das Jahr 1977 sind zwei Wochenendseminare sowie als Diskussionsschwerpunkt die innere Sicherheit vorgesehen.

Außerdem befaßte sich eine Gruppe des Ausschusses mit dem neuen Polizeigesetz. Herbert Tesch

Herbert Tesch (1. Vorsitzender), 3300 Braunschweig

Heinz Mischer (Stellvertreter), 3300 Braunschweig

Hubert Alberts, 3300 Braunschweig; Günther Brinker, 3380 Goslar; Hermann Denecke, 3300 Braunschweig; Hans-Hermann Deter, 3301 Sierße; Jürgen Dötz, 3300 Braunschweig; Karsten Ehme, 3150 Peine; Friedrich-Wilhelm Feine, 3300 Braunschweig; Günter Hermann, 3300 Braunschweig; Erhard Hinz, 3340 Wolfenbüttel; Dr. Horst Leciejewski, 3300 Braunschweig; Udo Narjes, 3372 Bodenstein; Karl-D. Parday, 3300 Braunschweig; Manfred Pestitschek, 3300 Braunschweig; Siegfried Rackwitz, 3300 Braunschweig; Wilhelm Schmidt, 3320 Salzgitter 41; Klaus Schubert, 3300 Braunschweig; Heidi Schulze, 3320 Cremlingen 1; Robert Voges, 3301 Bortfeld; Sieghard Wagner, 3332 Gardessen; Hans Wawerczin, 3339 Offleben; Hans Wenzel, 3300 Braunschweig; Manfred Wittosch, 3340 Wolfenbüttel; Rudolf Wassermann, 3380 Goslar.

Der Bezirksvorstand hat auf seiner Sitzung am 9. 5. 1975 den sicherheitspolitischen Ausschuß neu berufen. Er trat zu seiner konstituierenden Sitzung am 25. 6. 1975 zusammen, auf der die Rahmenbedingungen der Arbeit des Ausschusses

– Zuarbeit für den Bezirksvorstand

– Darstellen der sicherheitspolitischen Vorstellungen der Partei in der Partei und in der Öffentlichkeit

Dem Ausschuß gehören 25 Genossinnen und Genossen an, die von den Unterbezirken delegiert worden sind.

Zum Auftakt der Arbeit wurde ein Wochenendseminar am 11./12. Oktober 1975 in Landeck durchgeführt, auf dem der Schwerpunkt das Referat des Genossen Michael Forster (Mitglied des Arbeitskreises Sicherheit der Bundestagsfraktion) "Der sicherheitspolitische Teil des OR '85" war. Das zweite Referat hieß Obersleutnant Hoffmanns aus dem Verteidigungsministerium über „Die sicherheitspolitische Lage im Herbst 1975“.

Für das Jahr 1975 stand noch der Besuch der Polizeidirektion Braunschweig auf dem Programm. Bei diesem Besuch konnte sich der Ausschuß über die schlechte Unterbringung der Polizeibeamten überzeugen sowie das Für und Wider der Besetzung des Postens des Präsidenten der Polizeidirektion Braunschweig zur Kenntnis nehmen. Beide Probleme sind bzw. werden einer Lösung zugeführt.

Für das Jahr 1976 konnte wegen der Bundestagswahl nur ein Programm für das 1. Halbjahr festgelegt werden. So wurde im Ausschuß die Besichtigung des Zoll-

Bericht der Jugendpolitischen Kommission

Werner Kirschner (1. Vorsitzender), 3303 Vechelde
Fritz Bäther (Stellvertreter), 3338 Schöningen

Günter Alsentzter, 3300 Braunschweig; Horst Brum, 3320 Salzgitter 1; Fritz Gautier, 3300 Braunschweig; Thomas Gloger, 3300 Braunschweig; Peter Guder, 3300 Braunschweig; Wilfriede Heyer, 3300 Braunschweig; Lutz Heidester, 3340 Wolfsbüttel; Wolfgang Janz, 3380 Goslar 1; Rudolf Meier, 3325 Lengede 2; Manfred Meierhofer, 3320 Salzgitter 41; Ulrich Redecke, 3150 Peine; Anton Seidl, 3341 Rokum; Willi Sinnig, 3330 Helmstedt; Günter Scharf, 3170 Gifhorn; Rolf Voigt, 3300 Braunschweig; Karl-Ludwig Zahn, 3387 Vienenburg.

Die Jugendpolitische Kommission hat vom Bezirksvorstand keinen festen Arbeitsauftrag erhalten. Sie hat deshalb einen Themenkatalog für ihre Arbeit zusammengestellt und Arbeitsaufträge vergeben.

Ein auf dem letzten Bezirksparteitag verabschiedeter Antrag forderte die Verabsiedlung eines neuen Jugendhilfrechtes in der laufenden Bundestagslegislaturperiode. Die Jugendpolitische Kommission hatte vor, diesen Komplex schwerpunktmäßig zu bearbeiten. Bald darauf wurde zur Enttäuschung aller Jugendpolitiker bekannt, daß die Bundesregierung den vorliegenden Gesetzentwurf vorläufig nicht weiter verfolgen wird. Eine weitere Arbeit daran schien der Kommission deshalb – und wegen des bevorstehenden Bundestagswahlkampfes – als nicht sinnvoll. Die Kommission hat sich dann mit der bestehenden Rechts situation beschäftigt und überlegt, ob über ein Landesgesetz Verbesserungen zu erzielen sind. Eine Novelle des niedersächsischen AGJWG sollte angestrebt werden. Dabei ist nach Ansicht der Kommission den Punkten

- a) Aufgabenverteilung auf die Verwaltungsebenen – mit der Tendenz einer Verlagerung nach unten –

- b) der sogen. Heimaufsicht und
- c) den Wohngemeinschaften

besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Das Thema „Jugendzentren“ ist von der Kommission diskutiert worden. Ein Besuch im Jugendzentrum Goslar fand in der Öffentlichkeit unter der Überschrift: „Start in eine neue Jugendarbeit“ Beachtung.

Als Ergebnis der Diskussion wurden die folgenden Grundsätze formuliert:

- Die offene Jugendarbeit muß vor allem auf die Identifikation der Jugendlichen mit den zur Verfügung gestellten Einrichtungen und Arbeitsmaterialien ausgerichtet sein, wenn diese optimal genutzt werden sollen.

– Die Selbstverwaltung funktioniert nur, wenn pädagogische Kräfte oder Sozialarbeiter den Jugendlichen Hilfen und Anregungen geben (Selbstverwaltung als pädagogisches Konzept).

– Um eine vom Träger unabhängige Arbeit im Jugendzentrum zu gewährleisten, ist ein Beirat nötig, in dem Repräsentanten der Kommune, der Öffentlichkeit und der Jugendlichen als „Prellbock“ gegenüber der Gemeinde und der Öffentlichkeit wirken

Weiterer Schwerpunkt der Diskussion war die Jugendarbeit im ländlichen Raum. Der Landkreis Osterode hat dabei vorbildliches geleistet, das unter dem Namen „Osteroder Modell“ in der Fachwelt bekannt wurde. Ein Netz von Jugendräumen in allen Gemeinden, neben dem Jugendzentrum z. Z. 30 mehr oder weniger einfache Räume, bieten den Jugendlichen Anlaufstelle und „Lernfeld“. Haupt- und neberamtliche Jugendpfleger betreuen immer mehrere Standorte. Sie bieten dort Hilfe, nicht Aufsicht an.

Die Kommission empfiehlt den Landkreisen und vor allem den Flächengemeinden in Anlehnung an das „Osteroder Modell“ tätig zu werden. Werner Kirschner

Mitglieder des Bundesstages

Rudolf Hauck, Roter Torweg 7, 3330 Helmstedt
Hans-Jürgen Junghans, Dahlenerbergweg 10, 3320 Salzgitter 51
Klaus-Dieter Kühbacher, Schunterstr. 57, 3300 Braunschweig
Dr. Jürgen Linde, Bremer Stieg 9, 3392 Clausthal-Zellerfeld
Adolf Stockleben, Hüttenweg 7, 3150 Peine

Mitglieder des Landtages

Fritz Bäther, Pulvergasse 6, 33338 Schöningen
Wilhelm Baumgarten, Ringstr. 11, 3388 Bad Harzburg 3
Helmut Bosse, Elmstr. 8, 3307 Schöppenstedt
Ernst Fricke, Berliner Allee 24, 3380 Goslar
Otto Haberland, Dorfgemeinschaftshaus 3426 Wieda
Erich Holtz, Leibnizstr. 12, 3330 Helmstedt
Werner Kirschner, Köchlinger Str. 10, 3303 Vechelde
Kurt Klay, Hopfenstr. 3, 3372 Lutter a. Bbg.
Manfred Reese, Richterstr. 25, 3330 Braunschweig
Erwin Reinholtz, Celler Str. 28, 3150 Peine
Hans Schäfer, Homburgstr. 33, 3300 Braunschweig
Michael Weber, Hasenwinkel 5, 3320 Salzgitter 1
Gerhard Weigerl, Ackerstr. 10, 3340 Wolfenbüttel

Mitglieder des Landesausschusses

Rudolf Hauck, Roter Torweg 7, 3330 Helmstedt
Helmut Bosse, Elmstr. 8, 3307 Schöppenstedt
Gerhard Giogowski, Emsstr. 16, 3300 Braunschweig
Alfred Kubel, Am langen Bruch 6, 3389 Braunschweig
Dr. Hermann Oetting, Städeweg 5, 3300 Braunschweig

Stellvertretende Landesausschußmitglieder

Emmi Grevecke, Schweidnitzstr. 7, 3300 Braunschweig
Gert Metell, Siemensweg 16, 3320 Salzgitter 1
Werner Kirschner, Köchlinger Str. 10, 3303 Vechelde

Mitglieder des Parteirates

Rudolf Hauck, Roter Torweg 7, 3330 Helmstedt
Emmi Grevecke, Schweidnitzstr. 7, 3300 Braunschweig
Dr. Hermann Oetting, Städeweg 5, 3300 Braunschweig

Geschäftsstellen im Bezirk Braunschweig

SPD-Bezirk, Schloßstr. 8/II, 3300 Braunschweig, Fernruf: (0531) 400082/83,
Telex: 952522. Bezirksvorstand Rudolf Hauck, Roter Torweg 7, 3330 Helmstedt,
Bezirksgeschäftsführer Gerhard Glogowski, Emsstr. 16, 3300 Braunschweig;
Organisation und Technik Albert Steinke; Kasse Gerhard Klein; Bildung Peter-
Jürgen Schneider.

SPD-Unterbezirk Braunschweig, Schloßstr. 8, 3300 Braunschweig, Fernruf: (0531)
49344/45. Vorsitzender Dr. Hermann Oetting, Stadeweg 5, 3300 Braunschweig;
Geschäftsführer Hans-Henning Schridde.

SPD-Unterbezirk Gandersheim/Goslar, Breite Str. 8, 3380 Goslar, Fernruf: (05321)
23611. Vorsitzender Dr. Jürgen Linde, Bremer Stieg 9, 3392 Clausthal-Zellerfeld;
Geschäftsführer Günter Brinker.

SPD-Unterbezirk Helmstedt, Schuhstr. 24, 3330 Helmstedt, Fernruf: (0531) 2203.
Vorsitzender Rudolf Hauck, Roter Torweg 7, 3330 Helmstedt; Geschäftsführer
Rolf-Dieter Backhaus.

SPD-Unterbezirk Peine, Kl.-Schützenstr. 4, 3150 Peine, Fernruf: (05171) 12694.
Vorsitzender Erwin Reinholtz, Celler Str. 28, 3150 Peine, Geschäftsführer Adelbert
Künemann.

SPD-Unterbezirk Salzgitter, An der Windmühle 2B, Fernruf: (05341) 12694.
Vorsitzender Gert Metell, Siemensweg 16, 3320 Salzgitter 1, Geschäftsführer Hans-
Ulrich Niischke.

SPD-Unterbezirk Wolfenbüttel, Lange Str. 13, 3340 Wolfenbüttel, Fernruf: (05331)
22864. Vorsitzender Helmut Bosse, Elmstr. 8, 3307 Schöppenstedt, Geschäftsführer Volker Lagemann.